

---

Peter Birke

## Die Fleischindustrie in der Coronakrise: Eine Studie zu Migration, Arbeit und multipler Prekarität

Die Pandemie, hieß es im Frühjahr 2020 in einem Radiofeature, sei wie ein Kontrastmittel für soziale Ungleichheit.<sup>1</sup> Sie wird in der Krise einerseits sichtbar, andererseits verschärft. Migrierte Arbeiter\*innen sind hiervon besonders betroffen. Während überall *Social Distancing* propagiert und *Homeoffice* praktiziert wird, sind sie gezwungen, am Fließband oder auf dem Feld zu bleiben. Viele erhalten keinen existenzsichernden Lohn und müssen gesundheitsgefährdende Arbeit akzeptieren, um über die Runden zu kommen. Zudem sind prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse selbst Ursache für Masseninfektionen, was Fälle in der Landwirtschaft, bei Paketdiensten, in Amazon-Lagern oder in der Fleischindustrie illustrieren.<sup>2</sup> Insbesondere Letztere machte 2020 wochenlang Schlagzeilen. Doch anderes als in anderen Branchen blieb ihre traurige Berühmtheit als Corona-Hotspot nicht folgenlos. Die Bundesregierung sah sich zum Eingreifen genötigt und verkündete im Mai 2020 eine Gesetzesinitiative gegen Werkverträge und Leiharbeit

---

<sup>1</sup> Jennifer Stange / Nina Scholz, Wenn der Job zur Gefahr wird, Deutschlandradio, 12. Mai 2020. Vgl. die Debatte in der vorliegenden Zeitschrift: Gruppe Blauer Montag, Vom Notstand der Arbeitsgesellschaft, in: Sozial.Geschichte Online, 27 (2020), S. 97–121, Peter Birke, Coesfeld und die Folgen. Arbeit und Migration in der Pandemie, in: Sozial.Geschichte Online, 27 (2020), S. 137–154.

<sup>2</sup> Es handelt sich um ein transnationales Phänomen. Vgl. Maria Lorena Cook / Madhumita Dutta / Alexander Gallas / Jörg Nowak / Ben Scully, Global Labor Studies in the Pandemic: Notes for an Emerging Agenda, *Global Labor Journal*, 11 (2020), 2, S. 74–88. In der Fleischindustrie wurden Masseninfektionen u. a. aus den USA, Brasilien, Österreich, Australien, Irland, England, Spanien, Polen, den Niederlanden und Dänemark gemeldet. In den USA steckten sich Zehntausende an, in Brasilien sollen rund 100.000 oder ein Fünftel der Beschäftigten mit dem COVID-19-Virus erkrankt sein. Vgl. Tanita Freitas, 20 % of meat plant workers infected with Covid in large exporter Brazil, unions says, *Insurance Journal Magazine*, 19. August 2020, [<https://www.insurancejournal.com/news/international/2020/08/19/579547.htm>].

in Schlachtung, Zerlegung und Verarbeitung von Fleisch. Im Folgenden analysiere ich die kurze, atemberaubende Geschichte der Coronakrise in der deutschen Fleischindustrie. Zunächst stelle ich den Kontext vor, die ökonomische Entwicklung im Jahr 2020 sowie die Skandale um die Masseninfektionen (Teil 1). Danach analysiere ich den Diskurs um das Gesetz sowie seine Reichweite und Widersprüche (Teil 2). Und ich diskutiere, was die Reform für den Kampf um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen bedeutet (Teil 3). Grundlage ist eine Studie des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen (SOFI). Dort wurden seit 2017 insgesamt 62 leitfadengestützte, qualitative Interviews mit Arbeitenden sowie mit Gewerkschafter\*innen, Mitarbeiter\*innen von Beratungseinrichtungen und Manager\*innen durchgeführt, verbunden mit Beobachtungen in Betrieben. Nach März 2020, als das Forschungsprojekt beendet war, nahm ich weiter an Beratungssituationen teil und engagierte mich in Netzwerken, die für die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse eintreten.

## **1. Der Kontext: Umsatzrekorde und Infektionen**

Die Situation von migrantischen Arbeiter\*innen in der Coronakrise kann, zunächst sehr grob, in drei Tendenzen beschrieben werden: Erstens, es gab erhebliche Probleme, die EU-Binnengrenzen zu überschreiten. Auch für Unionsbürger\*innen war die Passage weitgehend nur noch unter der Bedingung zugelassen, dass sich deren Arbeitskraft in Deutschland unmittelbar verwerten ließ. Dabei war die Situation chaotisch und, was ja auch allgemein und für viele Menschen in der Krise galt, sehr schwer zu planen. Ob man beispielsweise als LKW-Fahrer\*in bei der Rückkehr nach Rumänien in Quarantäne musste, oder doch eher bei der Ausreise, oder ob man durch Polen reisen durfte, wenn man nach Litauen wollte usw. – alles war stark abhängig von kurzfristigen Entscheidungen von Regierungen und Grenzbehörden, eine Entwicklung, die sich in der zweiten Pandemiewelle aktuell wiederholt. In der Folge wurde die Verhandlungsposition von Migrant\*innen gegenüber

Arbeitgeber\*innen und Vermittler\*innen angesichts der mangelnden Mobilität geschwächt.<sup>3</sup>

Hinzu kam zweitens, dass einige jener Sektoren, die einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Menschen ohne deutschen Pass beschäftigen, stark vom Lockdown betroffen waren. Das galt für die Gastronomie, aber auch beispielsweise für die Leiharbeit in traditionellen Industrien. Zu diesem Problem, das angesichts der Grenzschließungen und mangelnden Ansprüchen auf Lohnersatzleistungen punktuell zu extrem prekären Situationen (Obdachlosigkeit, Verlust der Krankenversicherung etc.) führen konnte, kam schließlich drittens eine Paradoxie: Während einige ohne Erwerbsarbeit dastanden, hatten andere zu viel davon, so dass sowohl der Umstand, ohne Arbeit zu sein, als auch der Umstand, mit Arbeit zu sein, zu einer Belastung werden konnte.<sup>4</sup> In der Fleischindustrie stand zu Beginn des Lockdowns die Arbeitsbelastung im Vordergrund.

## Ökonomie der Entwertung

Frau Manuela\* ist 2015 zusammen mit ihrem Mann nach Deutschland gekommen. Beide sind seitdem über einen Subunternehmer in der Verarbeitung von Geflügel beschäftigt. Sie berichtete uns am 2. Juni 2020:<sup>5</sup>

<sup>3</sup> Zur selbstbestimmten Mobilität als Ressource von Arbeitenden in Konflikten und Aushandlungsprozessen vgl. Peter Birke / Felix Bluhm, Arbeitskräfte willkommen. Neue Migration zwischen Arbeitsregime und Erwerbsarbeit, in: *Sozial.Geschichte Online*, 25 (2019), S. 11–44; dies., Migrant Labour and Workers' Struggles, The German Meatpacking Industry as Contested Terrain, in: *Global Labour Journal*, 10 (2020), 1, S. 34–51.

<sup>4</sup> Der Wechsel zwischen Verwertung und Entwertung muss als Zusammenhang begriffen werden. Zuschreibungen bestimmter fester Eigenschaften, Qualifikationen usw. sind ein Moment dieses Wechsels, weder willkürlich noch allein durch die Verwertungs-dynamik selbst strukturiert, sondern historisch und insofern umkämpft. Bei Karl Marx ist dieser nur auf den ersten Blick paradoxe Zusammenhang im Kapital, Bd. 1, definiert als „der charakteristische Lebenslauf der modernen Industrie, die Form eines durch kleinere Schwankungen unterbrochenen zehnjährigen Zyklus von Perioden mittlerer Lebendigkeit, Produktion unter Hochdruck, Krise und Stagnation. [Jener Zyklus] beruht auf der beständigen Bildung, größern oder geringeren Absorption und Weiterbildung der industriellen Reservearmee oder Übervölkerung. Ihrerseits rekrutieren die Wechselfälle des industriellen Zyklus die Übervölkerung und werden zu einem ihrer energischsten Reproduktions-agentien.“ Karl Marx / Friedrich Engels, Werke. Bd. 23, Berlin 1962, S. 658, Hervorhebung P. B.

Also seit März ist es so, da gab es eine Woche, [...] wo alles entspannter war, [...] so dass wir dann wirklich die vorgeschriebene Arbeitszeit gearbeitet haben. [...] Ja, und [...] danach, also wieder diese Zehn-Stunden-Schichten oder länger. [...] Also, ich habe einen Arbeitsvertrag, ursprünglich, den ich unterschrieben habe mit fünf Tage die Woche, acht Stunden. [...] Aber [...] wir arbeiten eigentlich jeden Samstag, und zwar alle Schichten, auch erste und zweite Schicht und arbeiten regelmäßig zehn Stunden und das ist auch so, jetzt auch gerade mit dieser aktuellen Situation, dass zum Beispiel die zweite Schicht fängt um 5 Uhr nachmittags an. Die arbeiten dann ungefähr bis 4 Uhr nachts und dann um 5 Uhr morgens kommt schon die erste Schicht, und die haben eigentlich gar keine Zeit mehr, dazwischen zu reinigen. Also ich weiß nicht, ob die überhaupt einmal die Woche es schaffen, da richtig zu reinigen. Also gerade mit diesen besonderen Maßnahmen, müsste es doch eigentlich anders sein. Ja, und das ist unsere Firma.<sup>6</sup>

Tatsächlich weisen alle von uns im Frühjahr / Sommer 2020 geführten Interviews auf eine extensive Ausdehnung der Arbeitszeit und des Arbeitsdrucks zu Beginn des Lockdowns hin. Dieser Hinweis lässt sich auch durch ökonomische Rahmendaten illustrieren, die das Statistische Bundesamt im Mai 2020 zur Verfügung gestellt hat.<sup>7</sup> Betriebe mit mehr als fünfzig Beschäftigten in Schlachtereien und Fleischverarbeitung, und

---

<sup>5</sup> Zwölf der 62 Gespräche unseres Projekts fanden nach dem März 2020 statt, allesamt mit dankenswerter und großartiger Unterstützung der Arbeitslosenhilfe Oldenburg (ALSO). Da die SOFI-Studie auf Niedersachsen bezogen war, haben wir bei Tönnies in Rheda-Wiedenbrück keine Interviews geführt. Vgl. hierfür aber: Wiebke Claussen, Fleischindustrie: Der blinde Fleck wird zum Corona-Hotspot, Manuskript, Dortmund 2020; Christin Bernhold / John Lütten, „Wir wurden wie Sklaven behandelt“, in: Jour Fixe Gewerkschaftslinken (Hg.), Das Schweinesystem. Aufhebung der Werkverträge und des Subunternehmertums, Berlin 2020, S. 35–43. Bei den mit \* gekennzeichneten Namen handelt es sich aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes um Pseudonyme.

<sup>6</sup> SOFI-Archiv, Sample Refugees at Work, offene Signatur („Frau Manuela“, 2. Juni 2020), S. 3. Dieses und drei weitere Gespräche wurden freundlicherweise durch Anda Nicolae Vladu aus dem Rumänischen übersetzt und gemeinsam mit Tobias Neef-Methfessel geführt, vgl. dessen lesenswerte Studie: Tobias Neef-Methfessel, Informalisierte Arbeit und das Ende der Werkvertragsarbeit. Eine explorative Kurzstudie zu den Arbeitsverhältnissen in der Fleischindustrie im Oldenburger Münsterland, Bündnis 90 / Die Grünen, Manuskript, Hannover 2020.

<sup>7</sup> Statistisches Bundesamt, Fleischindustrie im März 2020 mit Umsatzrekord, Pressemitteilung Nr. N 032, 1. Juni 2020, [[https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/07/PD20\\_N032\\_42.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/07/PD20_N032_42.html)].

insofern genau jene Kategorie, die im Gesetzesentwurf der Bundesregierung das zu regulierende Feld definiert, steigerten demnach bereits zwischen 2018 und 2019 ihren Umsatz um mehr als sieben Prozent. Im ersten Quartal 2020 wurde im Vorjahresvergleich dann sogar nochmals ein Umsatzplus von nicht weniger 14,8 Prozent erreicht. Dabei stach der März 2020 als historischer Rekordumsatzmonat noch einmal heraus. Die Entwicklung ließ sich relativ gleichmäßig in den verschiedenen Sparten beobachten, eine besondere, durch den Außenhandel dynamisierte Konjunktur erlebte jedoch die Schlachtung, Zerlegung und Verarbeitung von Schweinefleisch. Dort waren die Exporte, insbesondere nach China, schon 2019 auf einen Höchststand gestiegen. Wesentlicher Grund war die in Südostasien herrschende Schweinepest. Im ersten Quartal 2020 kam es im Vergleich zum Vorjahr zu einer glatten Verdoppelung der Ausfuhren, was zugleich den Erzeugerpreis für Schlachtschweine fast ebenso stark ansteigen ließ. Der Boom begünstigte große, eben exportorientierte, Betriebe wie *Tönnies* oder *Danish Crown* und verstärkte die ohnehin starke ökonomische Konzentration der Branche.<sup>8</sup>

Hinzu kam zunächst auch eine konstante bis leicht wachsende Inlandsnachfrage, insbesondere aus dem Lebensmitteleinzelhandel, was dazu beitrug, dass der Boom unmittelbare, drastische Folgen für die Nachfrage nach Arbeitskraft und damit auch für die betriebliche Situation der Arbeitenden hatte. Clemens Tönnies sprach im April von einer „durch Corona um ein Drittel erhöhten Nachfrage nach unseren Produkten“,<sup>9</sup> während er zugleich die versickernde Arbeitskräftezufuhr durch die Schließung der osteuropäischen Grenzen beklagte. In der Pandemie wurde somit die Verdichtung des Arbeitsprozesses und die Ausdehnung der Arbeitszeiten ein krisenverschärfendes Moment: Es wurde nicht nur überhaupt weiterhin gearbeitet, sondern angesichts von Auftragslage und Personalstand auch *mehr, länger und intensiver*.

<sup>8</sup> Vgl. Hans Böckler Stiftung, Branchenmonitor Schlachten und Fleischverarbeitung, Düsseldorf 2019.

<sup>9</sup> Claussen, Fleischindustrie (wie Anm. 5), S. 12.

Goldene Zeiten für Massentierhaltung und Massenschlachtung also? Ja und Nein. Denn die Krise markiert zugleich auch in den Statistiken einen Scheitelpunkt. Noch im Frühjahr begann ein Sturz der Endverbraucherpreise bei Schweinefleisch, zunächst offensichtlich vor allem aufgrund einer sinkenden Inlandsnachfrage. Danach lösten die durch die Positivtestungen von Beschäftigten erzwungenen Betriebsschließungen Importverbote, namentlich nach China, aus: Für die Großbetriebe der Fleischindustrie muss dies wie ein Super-GAU gewirkt haben. Mitte September 2020 kam dann ein Ausbruch der Schweinepest in Brandenburg dazu, mit der impliziten Drohkulisse, dass die Exportbilanz sich auch deshalb entscheidend zusätzlich verschlechtern könnte. Die möglichen Folgen eines Verbots von Werkverträgen, die Debatte um Tiererschutz und Ausbeutung, außerdem die volatile internationale Nachfrage – das alles ließ die ökonomische Situation der Branche als unsicher erscheinen. Die Statistik für das zweite Quartal, also bis in den Hochsommer, verzeichnete entsprechend auch einen Rückgang in allen Bereichen: Die gesamte Fleischproduktion sank nunmehr im Vergleich zum Vorjahresquartal um 2,6 Prozent.<sup>10</sup>

Doch ist hier ein zweiter Blick notwendig: In Nordrhein-Westfalen ging die Schlachtmenge um fast zehn Prozent zurück, während sie in Niedersachsen nochmals um zwei und in Sachsen-Anhalt sogar um 12,9 Prozent stieg. Dies verweist darauf, dass die vierwöchige Schließung des größten deutschen Werks, *Tönnies* in Rheda-Wiedenbrück, an anderen Standorten kompensiert wurde. Hinzu kam die Situation an den EU-Binnengrenzen und der zunehmend schlechte Ruf der Branche in den Herkunftsländern der Migrant\*innen: Beides verschärfte die Probleme der Betriebe bei der Rekrutierung von Arbeitenden, und zwar besonders bei jenen, die eine Schlüsselposition am Band einnehmen

---

<sup>10</sup> Differenzierungen gab es allerdings in Bezug auf die unterschiedlichen Bereiche. So stand einer starke Reduzierung der Schlachtungen von Rindern und Schweinen ein leichter Anstieg bei Geflügel gegenüber. Norbert Lehmann, Schließung von Tönnies drückt deutsche Fleischproduktion, *agrار heute*, 7. August 2020, [<https://www.agrarheute.com/markt/tiere/schliessung-toennies-drueckt-deutsche-fleischproduktion-571679>].

oder komplexe Arbeiten in der Schlachtkette erledigen.<sup>11</sup> Die von uns Befragten berichteten entsprechend unisono, dass der extreme Produktionsdruck im Sommer überall dort anhielt, wo noch gearbeitet wurde.<sup>12</sup>

Am Ende konnte angesichts der geschlossenen Grenzen das System der andauernden Auswechslung der Arbeitenden nur noch durch institutionelle Unterstützung des Staates funktionieren, so durch ein kontingiertes Einfliegen von Arbeitenden. Die wachsende Rolle des Staates in der Coronakrise ist ein Aspekt, der den Mitte Mai ergriffenen Initiativen des Arbeitsministeriums zugutekam, der aber auch die grundlegende Ambivalenz staatlichen Eingreifens aufzeigt, das stets auch im Sinne der Aufrechterhaltung einer „systemrelevanten“ Exportindustrie funktionierte.<sup>13</sup>

## Arbeitsquarantäne in Birkenfeld

In der öffentlichen Wahrnehmung waren nicht die ökonomischen Entwicklungen Auslöser der Krise, im Mittelpunkt stand vielmehr das Infektionsgeschehen. Die erste Masseninfektion mit dem Coronavirus wurde bei der Firma *Müller-Fleisch* in Birkenfeld bei Pforzheim in Baden-Württemberg gemeldet.<sup>14</sup> Das Unternehmen mit vier Standorten gehört zu den größeren Mittelbetrieben der Fleischindustrie, es handelt sich um einen Schlacht- und Zerlegebetrieb für Schweine und Rinder. Am Hauptsitz in Birkenfeld werden auch gefrorene, verpackte und gegebenenfalls zubereitete Teilstücke verarbeitet. Dort arbeiten etwa 1.100 Menschen, weniger als 400 sind direkt beim Unternehmen angestellt, 700 haben einen Vertrag bei zwei Subunternehmern, angeworben

<sup>11</sup> Vgl. Birke, Bluhm, Arbeitskräfte willkommen (wie Anm. 3), S. 38f.

<sup>12</sup> SOFI-Archiv, Sample Refugees at Work, („Frau Manuela“, 2. Juni 2020“), S. 3; („Herr Jakob“, 2. Juni 2020“), S. 15, („Herr Robert“, 30. Juni 2020“), S. 6.

<sup>13</sup> Dieser Aspekt bleibt in den meisten Analysen des Verlaufs bislang leider unbeachtet. Das gilt auch für die wenigen vorliegenden systematisch-wissenschaftlich angelegten Zusammenfassungen, denen entgeht, dass der Staat nicht nur potenzieller Verhinderer, sondern auch Ermöglicher von Prekarität ist: Vgl. etwa Gerhard Bosch / Frederic Hüttenkopf / Claudia Weinkopf, Corona-Hotspot Fleischindustrie: Das Scheitern der Selbstverpflichtung, IAQ-Report, 7 (2020), Universität Duisburg-Essen, hier z. B.: S. 16ff.

<sup>14</sup> Vgl. [[www.mueller-fleisch.de/unternehmen/mueller-gruppe/](http://www.mueller-fleisch.de/unternehmen/mueller-gruppe/)].

zu etwa zwei Dritteln aus Rumänien. Der Austausch von Arbeitenden zwischen den verschiedenen Teilen der Wertschöpfungskette verstärkt die Fluktuation:<sup>15</sup> Der Betrieb kooperiert mit einem Fleischwerk des Einzelhandels in Karlsruhe, dem halbierte Tiere geliefert werden und in das viele Arbeitende des Hauptwerks regelmäßig versetzt werden. Dennoch hatte es gegen die Arbeitsbedingungen bei *Müller-Fleisch* bereits in der Vergangenheit Proteste gegeben. So ist aus dem September 2013 eine Aktion gegen Lohnbetrug dokumentiert, bei der sich mehrere Tage hintereinander Arbeiter\*innen vor dem Werkstor der Firma postiert hatten und Pappschilder mit der Aufschrift „Ungarische Arbeiter sind keine Sklaven“ in die Höhe hielten.<sup>16</sup>

Im April 2020 berichtete der lokale NGG-Gewerkschaftssekretär Elwis Capece über extrem ausgedehnte die Arbeitszeiten bei *Müller-Fleisch*:

Das Gesetz sieht acht bis zehn Stunden vor, unserer Erfahrung nach sind es mindestens zehn Stunden. [Es] kommt schnell eine Arbeitszeit von deutlich über 200 Stunden bei einer Sieben-Tage-Woche zusammen, man spricht sogar von 250 Arbeitsstunden im Monat.<sup>17</sup>

Am 7. April 2020 wurde der erste Infektions-Fall bei *Müller-Fleisch* entdeckt, am 9. April öffentlich bekannt.<sup>18</sup> Das Management behauptete umgehend, dass die Unterkünfte der „Fremdarbeiter“ (sic!) sowie auch deren „Freizeitverhalten“ für die Situation verantwortlich seien. Es sei „erschreckend“, dass nun gefordert werde, „man solle Wohnzimmer,

<sup>15</sup> Dies kann ähnlich bei Tönnies oder Danish Crown beobachtet werden. Es scheint für die großen Schlachtbetriebe ein (quantitativ allerdings unklar, wie stark verbreitetes) Phänomen zu sein: Die zwischen den Standorten zurückzulegenden Entfernungen sind dabei teilweise beträchtlich, denn diese sind über das ganze Bundesgebiet verteilt. Auch tobt hier der Kampf um die Autonomie migrantischer Mobilität: „Versetzungen“ stellen für die Unternehmer ein zusätzliches Druckmittel dar, „Verschwinden“ ist eine Waffe der Arbeitenden.

<sup>16</sup> KA-News, Kein Lohn: Ungarische Schlachter protestieren in Pforzheim, 3. September 2013, [[www.ka-news.de/region/pforzheim/Pforzheim~/Kein-Lohn-Ungarische-Schlachter-demonstrieren-in-Pforzheim;art6217,1216178](http://www.ka-news.de/region/pforzheim/Pforzheim~/Kein-Lohn-Ungarische-Schlachter-demonstrieren-in-Pforzheim;art6217,1216178)].

<sup>17</sup> Das ganze Interview findet sich hier: Helmut Reinhardt und Pit Wuhler, Arme Schweine, Kontext: Wochenzeitung, 27. Mai 2020, [[www.kontextwochenzeitung.de/wirtschaft/478/arme-schweine-1-6776.html](http://www.kontextwochenzeitung.de/wirtschaft/478/arme-schweine-1-6776.html)].

<sup>18</sup> Zur Chronologie s. Claussen, Fleischindustrie (wie Anm. 5), S. 15.



Schlafzimmer, Bad und Küche sowie Freizeitverhalten der Mitarbeiter kontrollieren“.<sup>19</sup> Die lokalen Behörden und das zuständige Gesundheitsamt unterstützten faktisch diese Haltung und waren dem Betrieb auch sonst sehr wohlgesonnen. Die Produktion wurde kaum eingeschränkt, die Beschäftigten in eine sogenannte Arbeitsquarantäne geschickt. Nach einer Allgemeinverfügung des Landratsamts durften sie die eigene Wohnung nicht verlassen, öffentlichen Raum nicht betreten, außer auf dem Weg zur Arbeit (mit Maske), den ÖPNV nicht benutzen.<sup>20</sup> Außerdem wurden – zunächst auf Kosten des Kreises (also der Steuerzahler\*innen) – drei Sammelunterkünfte für unter Quarantäne stehende Beschäftigte organisiert, die bis Anfang Mai bestanden und in denen zeitweise bis zu 161 Menschen einquartiert waren.<sup>21</sup> Insgesamt sollten sich rund 300 Menschen in Quarantäne befunden haben, während etwa 400 Positivtestungen (alle bei den Subunternehmen) gemeldet wurden.<sup>22</sup>

Die Art und Weise, wie die Masseninfektion bei *Müller-Fleisch* behandelt wurde, ähnelt in vielem dem, was danach in anderen Betrieben und Regionen beobachtet wurde: Was ein lokaler Vertreter „Allgemeinverfügung 2.0“ nannte, markierte eine Tendenz in der Zeit nach der

<sup>19</sup> Bernd Mutschler, Corona-Ausbruch in Firma: Jetzt sprechen die Chefs, Schwarzwälder Bote, 30. April 2020, [[www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.birkenfeld-kreis-calw-corona-ausbruch-in-firma-jetzt-sprechen-die-chefs.e95aa2d6-ae46-4a68-93b5-1845ada05a3b.html](http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.birkenfeld-kreis-calw-corona-ausbruch-in-firma-jetzt-sprechen-die-chefs.e95aa2d6-ae46-4a68-93b5-1845ada05a3b.html)]. In der Öffentlichkeit wurde dieser Schachzug allerdings häufig zurückgewiesen: Nils Klawitter, Müller Fleisch. Die Fabrik der Infizierten, Der Spiegel, 2. Mai 2020, [[www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/mueller-fleisch-in-pforzheim-die-fabrik-dercorona-infizierten-a-fd3985b2-1191-479a-b2fa-063bd7192f05](http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/mueller-fleisch-in-pforzheim-die-fabrik-dercorona-infizierten-a-fd3985b2-1191-479a-b2fa-063bd7192f05)].

<sup>20</sup> PZ-News, Arbeits-Quarantäne für Müller-Fleisch wird um drei Wochen verlängert. Rund 300 der 399 infizierten Mitarbeiter genesen, 15. Mai 2020, [[www.pz-news.de/region\\_artikel,-Arbeits-Quarantaene-fuer-Mueller-Fleisch-wird-um-drei-Wochen-verlaengert-Rund-300-der-399-infizierten-\\_arid,1441306.html](http://www.pz-news.de/region_artikel,-Arbeits-Quarantaene-fuer-Mueller-Fleisch-wird-um-drei-Wochen-verlaengert-Rund-300-der-399-infizierten-_arid,1441306.html)]. Erst am 4. Juni wurde die Verfügung aufgehoben.

<sup>21</sup> Edith Kopf, Corona-Quarantäne für Mitarbeiter von Müller-Fleisch kostet 250.000 Euro pro Woche, Badische Neueste Nachrichten, 8. Mai 2020, [<https://bnn.de/pforzheim/corona-quarantaene-fuer-mitarbeiter-von-mueller-fleisch-kostet-bis-zu-250000-euro-pro-woche>]. Das Unternehmen verweigerte zunächst jegliche Beteiligung mit dem Hinweis auf eigene Kosten für Hygienemaßnahmen. Eine eigene Verantwortung für die Situation wurde strikt zurückgewiesen.

<sup>22</sup> Schwarzwälder Bote, Müller-Fleisch: 300 in Quarantäne, 12. Mai 2020, [[www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.birkenfeld-mueller-fleisch-300-menschen-in-quarantaene.cace7a90-c9b1-47d6-805d-ae2595f5f986.html](http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.birkenfeld-mueller-fleisch-300-menschen-in-quarantaene.cace7a90-c9b1-47d6-805d-ae2595f5f986.html)]. Den Zusammenhang zwischen der Verantwortung des Unternehmens für die Situation in den Unterkünften und bei den Subunternehmen stellten einige Tage später bemerkenswerterweise CDU-Abgeordnete im Kreistag fest.

langsamen Öffnung im späten Frühjahr und im Sommer. In dieser Zeit wurde der Lockdown durch „kleinräumige“ Maßnahmen ersetzt, das heißt, der Versuch unternommen, Infektionsketten konkret nachzuvollziehen und zu unterbrechen. Wie auch immer man diese Form der Pandemiebekämpfung sonst bewertet, sie öffnete Tür und Tor für Schuldzuweisungen gegenüber Infizierten und die Rückführung von Infektionen auf deren sogenanntes Fehlverhalten. Tatsächlich war jedoch für viele Arbeiter\*innen angesichts des Umstands, dass maximal die Hälfte der Beschäftigten sich in den Quarantänezentren aufhalten konnte, der verbotene Gang beispielsweise zum Supermarkt unvermeidlich. Dies wurde dadurch verstärkt, dass sich die Quarantäne bis Mitte Mai auch auf die Familienmitglieder der Betroffenen erstreckte und eine externe Versorgung nicht vorgesehen war.

In den Gemeinden des Kreises entstand nach dem 9. April 2020 bei Teilen der Bevölkerung Unruhe in Bezug auf die „Sicherheit“ der Supermärkte, die, statt auf die strukturellen und für die Betroffenen unlösbaren Probleme zu verweisen, eine deutlich rassistische Konnotation bekam. Zugleich wurde kritisiert, dass das Unternehmen falsche oder unzureichende Informationen über die Wohnorte der „Mitarbeiter“ geliefert hatte.<sup>23</sup> Der Ruf nach Kontrollen wurde so immer stärker. Ende Mai machte der Zoll dann eine Razzia, über die die örtliche Presse berichtete:

Der Karlsruher Zoll hat Dienstag und Mittwoch Schlacht- und Fleischbetriebe im Enzkreis und im Kreis Freudenstadt kontrolliert. Dabei haben 47 Zöllner der Finanzkontrolle Schwarzarbeit in Zusammenarbeit mit dem Regierungspräsidium Karlsruhe vier Ghanaer mit falschen Ausweispapieren gefunden, die sich illegal in Deutschland aufhalten. Zudem sei Schwarzarbeit und Passfälschung festgestellt worden.<sup>24</sup>

---

<sup>23</sup> Bernd Mutschler, Corona-Ausbruch in Firma wirkt sich auf Gemeinde aus, Schwarzwälder Bote, 22. April 2020, [<https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.hoefen-corona-ausbruch-in-firma-wirkt-sich-auf-gemeinde-aus.cbda4833-236f-49b3-b300-4f1b1e3e61c9.html>].

<sup>24</sup> PZ-News, Vier illegal arbeitende Ghanaer bei Zoll-Kontrolle entdeckt, 29. Mai 2020, [[https://www.pz-news.de/region\\_artikel,-Vier-illegal-arbeitende-Ghanaer-bei-Zoll-Kontrolle-entdeckt-Mueller-Fleisch-keine-Verstoesse-in-Birk-\\_arid,1445167.html](https://www.pz-news.de/region_artikel,-Vier-illegal-arbeitende-Ghanaer-bei-Zoll-Kontrolle-entdeckt-Mueller-Fleisch-keine-Verstoesse-in-Birk-_arid,1445167.html)].

Die Forderung nach verschärften Kontrollen dominierte in der Folgezeit die öffentliche Debatte, und sie bekam fast ein ebenso großes Gewicht wie die Forderung nach einem Ende der Ausbeutung. Die Problematik der ungleichen Sanktionierung kam dabei weder jetzt noch in den späteren Debatten um Masseninfektionen auf den Tisch: Während sich Geldstrafen für die Unternehmen in Grenzen halten, sind die gefundenen illegalisierten Beschäftigten mit Abschiebung bedroht. Auch insgesamt war das Thema Migration in der Debatte entweder merkwürdig abwesend oder trat als Bezugnahme auf Herkunftsländer auf: So kümmerten sich um die in Arbeitsquarantäne Befindlichen vor allem die lokale deutsch-rumänische Gesellschaft sowie das rumänische Konsulat, das zu Gunsten der eigenen Staatsbürger\*innen einzugreifen versuchte, während andere Auslandsvertretungen medial nicht in Erscheinung traten.<sup>25</sup>

\*

Im *Müller-Fleisch*-Fall gab es durchaus viel Kritik am Unternehmen, von Tierschützer\*innen, aus Gewerkschaften, aus den Parteien. Aber es gab auch Entscheidungsträger\*innen, die für die Fleischindustrie massiv in die Bresche sprangen. Am 25. Mai 2020 besuchte etwa der zuständige Minister der grün-schwarzen Landesregierung Peter Hauk Pforzheim. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Landrat und dem Chef von *Müller-Fleisch* bescheinigte das CDU-Mitglied dem örtlichen Landrat, die Krise gut verwaltet zu haben.<sup>26</sup> Schließlich sei die Fleischindustrie systemrelevant und die Fortführung der Arbeit deshalb notwendig. Zudem sei niemand gezwungen, „bei uns in Deutschland“

<sup>25</sup> PZ-News, Rumänisches Konsulat schaltet sich in Debatte um Corona-Fälle bei Müller-Fleisch ein, 28. April 2020, [[https://www.meinenzkreis.de/startseite\\_artikel,-Rumaenischer-Generalkonsul-schaltet-sich-in-Debatte-um-Corona-Faelle-bei-Mueller-Fleisch-ein\\_arid,1436311.html](https://www.meinenzkreis.de/startseite_artikel,-Rumaenischer-Generalkonsul-schaltet-sich-in-Debatte-um-Corona-Faelle-bei-Mueller-Fleisch-ein_arid,1436311.html)].

<sup>26</sup> Vgl. auch im Folgenden: Bernd Mutschler, Corona-Ausbruch bei Müller-Fleisch: Minister sieht Branche in Zwielicht gerückt, Schwarzwälder Bote, 26. Mai 2020, [<https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.pforzheim-corona-ausbruch-bei-mueller-fleisch-minister-sieht-branche-in-zwielicht-gerueckt.5e44d28b-2ccf-47fe-9962-bb455e306fb3.html>].

zu arbeiten: „Keiner der ausländischen Mitarbeiter kommt auf Zwang, um Frondienste zu leisten.“ Firmenchef Müller ergänzte: „Die Leute wollen nur für eine gewisse Zeit bei uns arbeiten, um Geld zu verdienen.“ Die Arbeitenden würden, so Hauk weiter, die Situation in der Unterkunft verschulden, da sie freiwillig auf engem Raum wohnten, um möglichst viel Geld zu sparen. Er protestierte zudem gegen ein mögliches Verbot von Werkverträgen und Leiharbeit: „Es ist [...] falsch, jetzt eine Branche herauszugreifen und ins Zwielficht zu rücken.“ Es ist sehr zu bezweifeln, dass irgendein Politiker oder irgendeine Politikerin es in den Wochen darauf noch gewagt hätte, ähnlich frei von der Leber weg zu sprechen. Auch die Äußerungen von Hauk wurden, nicht zuletzt durch die Opposition in Baden-Württemberg,<sup>27</sup> deutlich kritisiert. Allerdings ist auch zu bezweifeln, dass der schnelle Konsens über das gesetzliche Teilverbot prekärer Beschäftigung wirklich allen an der Gesetzgebung beteiligten Abgeordneten in Bundestag und Bundesrat aus dem Herzen spricht.

Dabei wird die Behauptung, „die Leute“ seien ja nur zum Arbeiten hier, und der Euphemismus, dass ihre prekären Arbeitsverhältnisse einem Bedürfnis nach Flexibilität entgegenkämen, in ihrer latenten Verachtung den Arbeiter\*innen gegenüber nur noch durch den Gebrauch der NS-Begriffs des „Fremdarbeiters“ getoppt. Im Rahmen einer kleinräumig begrenzten, ständig neu zu definierenden und auf die Absonderung von Problemgruppen abzielenden Pandemieverwaltung wird auf der einen Seite die verantwortungslose Haltung der Infizierten betont und auf der anderen Seite Unternehmen wie Behörden korrektes oder alternativloses Vorgehen attestiert. Es verbinden sich neoliberale mit rassistisch-autoritären Mustern: Deutungsmuster der Pandemie, die nie vollkommen dominant wurden, aber als Tendenz zweifellos bis heute bedeutend sind. Dass in der Berichterstattung zu Corona und Fleisch-

---

<sup>27</sup> Sebastian Kapp, Harsche Kritik an Hauk-Äußerungen nach Besuch bei Müller-Fleisch, Badische Neuste Nachrichten, 26. Mai 2020, [<https://bnn.de/pforzheim/enzkreis/harsche-kritik-an-hauk-ausserungen-nach-besuch-bei-mueller-fleisch>].

industrie Migrationsverhältnisse und Rassismus kaum thematisiert werden, trägt zur Stabilisierung dieser Deutungsmuster bei.

## Masseninfektionen in Rheda

Dass sich die Arbeiter\*innen nicht nur in den Unterkünften angesteckt haben, sondern auch am Arbeitsplatz, ist mittlerweile sicher. Eine Ansteckung mit dem Coronavirus ist durch Klimaanlage und das Herunterkühlen des Fleisches, wie eine Studie zeigte, sogar über größere Distanzen möglich, und erst recht auf engem Raum.<sup>28</sup> Aber es scheint nicht nur die räumliche Enge am Band und auf dem Arbeitsweg eine Rolle zu spielen, sondern auch die ausgedehnten Arbeitszeiten, die Wintertemperaturen am Arbeitsplatz, die entsprechende Erschöpfung. Dazu kommt, dass basale Hygienevorschriften (Abstand, Masken, Desinfektion) offenbar nicht eingehalten wurden, wie der Westdeutsche Rundfunk in Bezug auf die Zustände bei *Tönnies* in Rheda vor der Masseninfektion berichtete.<sup>29</sup>

Dies bestätigen auch unsere Interviews. Frau Manuela\*, die von uns interviewte Arbeiterin in der Geflügelverarbeitung, schildert den Transport in einem Betrieb, in dem es ebenfalls zu einem massiven Ausbruch kam:

Ja, also bis mindestens Ende März waren so Acht-Sitze-Kleintransporter, waren dann auch acht bis neun Leute drin, also es war auch total überfüllt, und ja, das war eigentlich bis vor kurzem. Jetzt haben sie wohl neue

<sup>28</sup> Thomas Guenther / Manja Czech-Sioli / Daniela Indenbirken / Alexis Robitailles / Peter Tenhaken / Martin Exner / Matthias Ottinger / Nicole Fischer / Adam Grundhoff / Melanie M. Brinkmann, Investigation of a superspreading event preceding the largest meat processing plant-related SARS-Coronavirus 2 outbreak in Germany, 2020, [[https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=3654517](https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=3654517)].

<sup>29</sup> Raphael Markert / Bernd Neuhaus, Tönnies-Mitarbeiter berichtet über Corona-Verstöße im Mai, WDR-Magazin „Westpol“, 21. Juni 2020, [[www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/westpol-toennies-corona-verstoesse100.html](http://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/westpol-toennies-corona-verstoesse100.html)]. Später wurde diese Kritik durch die Einsicht in interne Prüfberichte bestätigt: Westfalen-Blatt, WDR: Bereits vor Corona-Ausbruch erhebliche Verstöße bei Tönnies, 20. September 2020, [[www.westfalen-blatt.de/Ueberregional/Nachrichten/Themen-des-Tages/4277355-Magazin-Westpol-zitiert-aus-internen-Pruefberichten-der-Bezirksregierung-Deumold-WDR-Bereits-vor-Corona-Ausbruch-erhebliche-Verstoesse-bei-Toennies](http://www.westfalen-blatt.de/Ueberregional/Nachrichten/Themen-des-Tages/4277355-Magazin-Westpol-zitiert-aus-internen-Pruefberichten-der-Bezirksregierung-Deumold-WDR-Bereits-vor-Corona-Ausbruch-erhebliche-Verstoesse-bei-Toennies)].

Transporter gekauft, und jetzt werden sechs Leute pro Transport, also in so einem Acht-Sitz-Wagen / und aber auch von unterschiedlichen Unterkünften sozusagen. Also keine, ja, also immer unterschiedliche Leute. Aber genau, das war dann die erste Zeit, war das eigentlich wie immer, und jetzt haben die wohl auch reagiert.<sup>30</sup>

Während Frau Manuela\* zudem berichtet, dass die Desinfektion des Arbeitsplatzes völlig unzureichend gewesen sei,<sup>31</sup> schildert Herr Robert\*, der im Reinigungsbereich in einem ebenfalls stark von Infektionen betroffenen Betrieb arbeitet, wie er und seine ebenfalls dort angestellte Frau im April die Corona-Hygiene wahrnahmen:

Also, eigentlich hat sich an der Arbeit nichts geändert. Was / Also meine Frau arbeitet noch da im Lager und also was jetzt noch passiert ist, also es gab eine Kontrolle und dann haben sie in der Kantine die Tische auseinandergerückt, weil sie wussten, dass eine Kontrolle kommt und ja, also die Masken, Schutzmasken, ehrlich gesagt, die habe ich meiner Frau selber gekauft.<sup>32</sup>

Der Vorwurf, dass sich die lokalen und überregionalen Behörden für die Situation erst interessierten, als es zu spät war, ist kaum von der Hand zu weisen.<sup>33</sup> Das Problem wurde „entdeckt“, als das Regime der Pandemieverwaltung lokale / bezirkliche Infektionsstatistiken zum Ausgangspunkt begrenzter Maßnahmen nahm. Dabei zeigte sich, dass die Positivtestungen in Coesfeld und in Rheda ganze Städte und Landkreise zurück in den Lockdown werfen konnten, mit Maßnahmen wie Schul- und Kita-Schließungen. Plötzlich wurde sichtbar, wie das Produktionsmodell der Eigentümer fleischindustrieller Betriebe direkte Folgen für die Allgemeinheit haben konnte. Nach Positivtestungen bei VION in Bad Bramstedt (Schleswig-Holstein) am 5. Mai führte die Infektion

---

<sup>30</sup> SOFI-Archiv, Sample Refugees at Work, („Frau Manuela“, 2. Juni 2020), S. 21.

<sup>31</sup> Ebd., S. 14: Es entsteht hier der Eindruck, dass das Augenmerk in der Reinigung vor allem auf Schlachtung und Zerlegung im engen Sinne liegt, während andere Bereiche aufgrund einer geringeren innerbetrieblichen und auch externen Kontrolldichte eher vernachlässigt werden. Dies scheint sich unter Coronabedingungen fortgesetzt zu haben.

<sup>32</sup> SOFI-Archiv, Sample Refugees at Work, offene Signatur („Herr Robert, 2. Juni 2020“), S. 6.

<sup>33</sup> Für den „verzögerten“ Ablauf in NRW s. Claussen, Fleischindustrie (wie Anm. 5), S. 3.

von mehr als hundert Beschäftigten bei *Westfleisch* in Coesfeld (NRW) am 8. Mai erstmals zu einer Debatte über die Notwendigkeit eines lokalen Lockdowns.<sup>34</sup> Die Liste verlängerte sich danach pandemisch. Am 12. Mai erfolgte ganz in der Nähe die kurzfristige Stilllegung der Firma *Frischfleisch Boeser* (NRW). Am 13. Mai kam es zu Positivtestungen bei *Wiesenhof* in Straubing (Bayern). Am 17. Mai folgte *WestCrown* in Dissen (Niedersachsen), am 5. Juni mit *Wiesenhof* in Lohne (Niedersachsen) der bundesweit größte Schlacht- und Weiterverarbeitungsbetrieb für Geflügel.<sup>35</sup> Obwohl es keineswegs überall zu Firmenschließungen kam und lokale Behörden, wie zuvor bei *Müller-Fleisch*, versuchten, mit begrenzten Quarantäneanordnungen durch das Problem zu navigieren, wurde der Skandal nun von Tag zu Tag sichtbarer. Sowohl die Schließungen als solche als auch die zunehmende öffentliche Debatte begannen, die Produktion in der Fleischindustrie ernsthaft zu gefährden.

Im Laufe des Mai unternahm die führende Figur der deutschen Fleischindustrie, Clemens Tönnies, noch den Versuch, die drohenden Eingriffe des Gesetzgebers in das Wirtschaften der Fleischindustrie abzuwehren. Aber er kam nicht nur mit Schuldzuweisungen, sondern auch mit Scheinkonzessionen: So erklärte er, künftig auf entsendete Arbeiter\*innen verzichten zu wollen,<sup>36</sup> eine merkwürdige Äußerung, zumal nach der „Selbstverpflichtung“ zur Regulierung der Werkvertragsbeschäftigung von 2014 sowie der Einführung von allgemeinverbindlichen Mindestlöhnen genau dies aktuell nicht mehr das Problem ist: Arbeitsverträge werden heute in der Fleischindustrie nur noch ausnahmsweise von Firmen mit Sitz im Ausland und nach ausländischem Recht abge-

<sup>34</sup> Ebd., S. 3–5.

<sup>35</sup> Ebd., S. 3.

<sup>36</sup> Konfusion entsteht immer wieder durch die Verwechslung verschiedener Formen prekärer Beschäftigung. So titelten auf der Grundlage der entsprechenden Pressearbeit des Konzerns die Ruhr Nachrichten am 15. Mai 2020: „Gibt es bald keine Werkverträge in der Fleischindustrie mehr?“, vgl. [[www.ruhrnachrichten.de/nachrichten/gibt-es-bald-keine-werkvertraege-in-der-fleischindustrie-mehr-1521658.html](http://www.ruhrnachrichten.de/nachrichten/gibt-es-bald-keine-werkvertraege-in-der-fleischindustrie-mehr-1521658.html)]. Das genau das, jedenfalls zu diesem Zeitpunkt, nicht gemeint war, verweist darauf, dass sich Nebelkerzen in bestimmten Diskurs-Situationen auch gegen deren Werfer\*innen richten können.

schlossen. Am 20. Mai 2020, dem Tag, an dem Bundesarbeitsminister Hubertus Heil verkündete, dass sich das Bundeskabinett auf ein Verbot von Werkverträgen verständigt habe, brachte Tönnies dann einen Mindestlohn von zwölf Euro pro Stunde ins Spiel.<sup>37</sup> Die explizit zur Abwehr eines Gesetzes gedachten PR-Offensiven waren freilich auch mit der Behauptung einer angeblich „guten Hygiene“ im Schlachthof von Rheda verbunden.

Wenige Tage später wurden dann die ersten Beschäftigten in Rheda positiv getestet. Am 15. Juni wurde der Massencharakter des Problems in der größten Schlachtereier Deutschlands deutlich, und am 17. Juni kam es dann aus Sicht des Managements zum Super-GAU: Die vorläufig vierzehntägige Schließung des Betriebs mit seinen etwa 6.500 Beschäftigten wurde verkündet – sie dauerte insgesamt vier Wochen. Die beiden umgebenden Landkreise wurden wieder „heruntergefahren“, Eltern protestierten massiv gegen die Folgen für die Betreuung ihrer Kinder. Der Beliebtheitsgrad des Unternehmens sank weiter, als es forderte, die bei Schließung anfallenden Lohnkosten erstattet zu bekommen.<sup>38</sup>

## 2. Die Regulierung: Verbot der Werkvertrags- und Leiharbeit

Ein wichtiges Moment der Kritik an der Arbeit in der Fleischindustrie waren Proteste der Arbeitenden selbst. In der Pandemie diffundierten diese zunächst nicht über die allgemeine Öffentlichkeit, sondern über „intime“ beziehungsweise gruppenbezogen organisierte Medien wie *Facebook*, Netzwerke, in denen auch sonst Tipps weitergegeben, „gute“ und „schlechte“ Unternehmen vorgestellt werden usw. Von dort verbreit-

---

<sup>37</sup> Dirk Fisser, Tönnies warnt vor Werkvertrags-Verbot – und will Mindestlohn von 12 Euro, Neue Osnabrücker Zeitung, 27. Mai 2020, [[www.noz.de/deutschland-welt/wirtschaft/artikel/2055971/toennies-warnt-vor-werkvertrags-verbot-und-will-mindestlohn-von-zwoelf-euro](http://www.noz.de/deutschland-welt/wirtschaft/artikel/2055971/toennies-warnt-vor-werkvertrags-verbot-und-will-mindestlohn-von-zwoelf-euro)].

<sup>38</sup> NTV, Schließung wegen Corona-Fällen. Tönnies will Lohnkosten erstattet bekommen, 10. Juli 2020, [[www.n-tv.de/panorama/Toennies-will-Lohnkosten-erstattet-bekommen-article21903179.html](http://www.n-tv.de/panorama/Toennies-will-Lohnkosten-erstattet-bekommen-article21903179.html)].



teten sich die Berichte dann in rumänische und andere osteuropäische Medien. Den Anfang machten Erntehelfer\*innen und nicht die Arbeiter\*innen in der Fleischindustrie, was freilich angesichts einer sehr großen Schnittmenge von Erfahrungen kaum einen Unterschied macht. Erste Aufmerksamkeit erhielt die Kritik, als die Bundesrepublik Anfang April 2020 die Einreise von je 40.000 Erntehelfer\*innen für Mai und Juni erlaubte, während ansonsten die europäischen Binnengrenzen geschlossen waren.<sup>39</sup> Anda Nicolae Vladu, Beraterin bei der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO), die in der Zeit der Pandemie lange in Rumänien war, berichtete:

Man muss sich das vor dem Hintergrund dessen vorstellen, dass es in Rumänien teils ein sehr strenges Ausgangsverbot gab. Die Leute konnten also zum Beispiel nicht auf ihre eigenen Felder. Aber in Deutschland, Spargel ernten, das geht? Und was ist Spargel, kein Mensch will in Rumänien Spargel essen! Da haben viele gesagt, das darf doch nicht wahr sein. Und dann kamen die Bilder vom Flughafen in Cluj: Keine Masken, kein Abstandsgebot, nichts.<sup>40</sup>

Die von den Ausreisenden gefilmten, über die sozialen Medien verbreiteten Bilder der dicht gedrängten Menschenmassen vor dem Flughafen in Cluj-Napoca, Rumänien,<sup>41</sup> schürten den Unmut weiter. Anda Nicolae Vladu:

Der nationalliberale Ministerpräsident [Ludovic] Orban sagt, der Verkehrsminister sei zuständig, der Verkehrsminister sagt dann, der Flug-

<sup>39</sup> Simon-Michael Berger, Erntehelfer: Bund will Einreise wieder erlauben, agrar heute, 3. April 2020, [<https://www.agrarheute.com/politik/erntehelfer-bund-will-einreise-erlauben-566975>]. Es mag mit der Skandalisierung der Bedingungen zusammenhängen, dass das Kontingent bis Mitte Juli lediglich zur Hälfte ausgeschöpft wurde.

<sup>40</sup> SOFI-Archiv, [offene Signatur], Interview mit Anda Nicole Vladu, ALSO, 2. September 2020.

<sup>41</sup> Iulia Marin, Imaginile zilei. Aglomeratie pe aeroportul din Cluj, Libertatea, 9. April 2020, [<https://www.libertatea.ro/stiri/in-plina-pandemie-12-avioane-pline-cu-muncitori-romani-de-coleaza-astazi-de-pe-aeroportul-din-cluj-napoca-cu-destinatia-germania-2947465>]; Euronews, Skandal um Erntehelfer: Kein Abstand und Arbeiten in Quasi-Quarantäne, 10. April 2020, [<https://de.euronews.com/2020/04/10/skandal-um-erntehelfer-kein-sicherheitsabstand-arbeit-in-qua-rantane>]; Antena 3, Marturii teribile din fermele germane, 19. April 2020, [[https://www.youtube.com/watch?v=N5HnL\\_Klzq0](https://www.youtube.com/watch?v=N5HnL_Klzq0)].

hafenbetreiber ist schuld, der Flughafenbetreiber sagt, die Firma, die den Parkplatz betreibt, ist schuld, der Parkplatzbetreiber sagt, es ist die deutsche Firma, die die Leute rekrutiert hat. Es wird immer kurioser. Am Ende mussten die Flüge sogar vorläufig gestoppt werden.<sup>42</sup>

Ein *YouTube*-Video rückte danach die Arbeitsbedingungen ins Zentrum. Nunmehr in der Bundesrepublik angekommen, filmten rumänische Erntearbeiter\*innen auf einer Farm zwischen Nienburg an der Weser und Verden ein Gespräch mit einer Vorgesetzten. In der Passage wird deutlich, dass den Arbeiter\*innen die Reisedokumente gestohlen wurden, dass statt der vereinbarten 13 Euro Stundenlohn nur ein Akkordsatz gezahlt wird (65 Cent pro Kilo), dass 13 Stunden am Tag gearbeitet werden soll, auch am Samstag und am Sonntag. Außerdem sollen 250 Euro für ein Flugticket vom Lohn abgezogen werden. *Social distancing* gibt es wie am Flughafen auch auf dem Feld nicht, nicht bei der Anreise zur Arbeit mit dem Minibus noch auf dem Feld selbst, wo zudem Schutzkleidung oder Desinfektionsmittel fehlen. Diejenigen, die sich nicht damit abfinden wollen, werden entlassen und aus der Unterkunft gejagt. Die Betroffenen gehen danach im Wald schlafen, finden einen anderen Arbeitgeber und machen weiter. Das Video erschien Ende April auf der Seite des rumänischen Journalist\*innenbüros *Inclusiv*,<sup>43</sup> gerahmt durch etliche weitere Augenzeug\*innenberichte. Die Meldung prägte mehrere Wochen den öffentlichen Diskurs. Anda Nicolae Vladu:

Wenige Tage nach dem Video von der Spargelernte erschien ein weiterer Film, der einen fast identischen Konflikt von Arbeitern bei Tönnies mit ihrem Vorarbeiter zeigt. Der wurde zwar auf YouTube schnell gelöscht, aber jetzt kamen die Leute überall zu Wort. Es gab Livesendungen, direkt

---

<sup>42</sup> SOFI-Archiv, [offene Signatur], Interview mit Anda Nicole Vladu, ALSO, 2. September 2020.

<sup>43</sup> Dort wird zur Kontaktaufnahme mit den Beratungsstellen der Fairen Mobilität und mit der rumänischen Botschaft geraten. Vgl. *Inclusiv*, *Muncitori români din Germania, sechestrați și obligați să muncească* [= Rumänische Arbeiter aus Deutschland entführt und zur Arbeit gezwungen], 28. April 2020, [<https://inclusiv.ro/exploatare-in-timp-de-pandemie/>]. Der Betrieb wurde später wegen Verstößen gegen die Hygienebestimmungen angezeigt und musste eine Geldstrafe zahlen. Im Mai meldete er Insolvenz an.

vom Feld, viele Interviews mit Betroffenen, die in Deutschland in den Medien nie gefragt werden. Ein Höhepunkt war erreicht, als Leute dokumentierten, dass sie selbst am Sonntag des orthodoxen Ostern, des höchsten Fests, zum Arbeiten genötigt wurden. Alle redeten darüber, alle waren empört. Für die Fleischbetriebe in Deutschland scheint das, auch wenn niemand sonst in Deutschland was davon mit bekommen hat, ein Problem gewesen zu sein: Tönnies verbreitete in Rumänien sogar ein Werbevideo, in dem erklärt wird, wie gut die Löhne bei ihm sind.<sup>44</sup>

Ende Mai machte dann ein Streik auf einem Spargelhof in Bornheim in der Nähe von Bonn erstmals nicht nur in Rumänien, sondern auch in deutschsprachigen Medien die Runde. Etwa zweihundert Beschäftigte forderten, nachdem die Farm in die Insolvenz gegangen war, Lohnnachzahlungen. Zugleich protestieren sie gegen ihren Rauswurf aus den Unterkünften. Vor Ort wurden die Proteste unter anderem von der *Freien Arbeiter\*innen Union* (FAU) unterstützt, die das Ihre tat, um für Öffentlichkeit zu sorgen.<sup>45</sup> Die Aktion war, bezogen auf die Abwehr von Obdachlosigkeit und einen Teil der Lohnforderungen, erfolgreich: Sie war zudem auch deshalb wichtig, weil sie zur Sichtbarmachung der miserablen Arbeitsbedingungen in Deutschland beitrug.

## Die Kritik wächst auch in Deutschland

Kritik an den Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie gibt es hierzulande schon lange. In Zeitungsartikeln, Radioreportagen, sogar in Kriminalromanen wurde die Ausbeutung der Arbeitenden geschildert. Die entsprechende Literatur ist nicht allein kritisch, links und gewerkschaftlich geprägt. Sie reicht bis hin zu staatlich initiierten Studien: So

<sup>44</sup> SOFI-Archiv, [offene Signatur], Interview mit Anda Nicole Vladu, ALSO, 2. September 2020. Regelmäßig kamen dabei auch Berater\*innen der Fairen Mobilität in Deutschland in den rumänischen Medien zu Wort. Allerdings war die geäußerte Botschaft, individuelle Rechte einzuklagen, dort nicht unbedingt überzeugend. Gemessen an dem Skandal der „gezwungenen“ Arbeit erschien bspw. der ansonsten durchaus wichtige Tipp, man möge seine Arbeitszeiten notieren, um sie später einklagen zu können, nicht weitgehend genug: Antena 3, Marturii teribile din fermele germane (wie Anm. 42).

<sup>45</sup> Eine Zusammenfassung der Resultate bietet: FAU Bonn, Streik in Bornheim – was hat's gebracht?, 17. Juni 2020, [<https://bonn.fau.org/streik-in-bornheim-was-hats-gebracht/>].

dokumentierte noch kurz vor der Coronakrise, im Herbst 2019, eine Untersuchung in Nordrhein-Westfalen zahllose Verstöße gegen Arbeitsgesetze.<sup>46</sup> Im Auftrag des NRW-Arbeitsministeriums wurden die Arbeitsbedingungen in 30 von 34 großen Betrieben geprüft, in denen etwa 90 Werkvertragsfirmen aktiv waren. Festgestellt wurden in 26 dieser Betriebe „erhebliche Mängel im Arbeitsschutz“ und „mehr als 5.800 Verstöße gegen die Arbeitszeitordnung“, darunter „nicht eingehaltene Ruhepausen“ und „Schichten mit über 16 Stunden“. In 2.400 Fällen wurde keine gesetzlich vorgeschriebene arbeitsmedizinische Vorsorge durchgeführt, mit Resultaten wie beispielsweise „lärmbedingten Hörschäden“. Dreihundertmal fanden die Kontrolleure „technische Arbeitsschutzmängel“ mit einem erheblichen Gefährdungspotenzial. Als Verdachtsfälle führt die Studie zudem Verstöße gegen das Mindestlohngesetz an, wie „Lohneinbehalt oder unangemessene Lohnabzüge für persönliche Schutzausrüstung, Miete, Fahrservice, wg. Fehlverhaltens“. Es zeigte sich einmal mehr, dass derartige Verstöße keine Einzelfälle sind.<sup>47</sup>

In der Pandemie artikulierte das nicht zuletzt eine bereits länger existierende Kampagne, in der sich Beratungsstellen, Gewerkschaften und Kirchen, aber auch Tierschutzverbände und Umweltschützer\*innen engagierten.<sup>48</sup> Die Kampagne war vor den fleischverarbeitenden Betrieben präsent – von der *Fairen Mobilität* und der zuständigen Einzelgewerkschaft *Nahrung-Genuss-Gaststätten* (NGG), die über Arbeitsrechte informierten, bis hin zu grundlegendem Protest unter dem Motto „Shut

---

<sup>46</sup> Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Abschlussbericht „Faire Arbeit in der Fleischindustrie“, Düsseldorf 2019.

<sup>47</sup> Vgl. ähnlich Guido Grüner, *Migrantische Arbeit und Fleischproduktion in Niedersachsen. Ergebnisse zweier Untersuchungen im Auftrag französischer Bäuerinnen und Bauern in Oldenburg, Oldenburg 2014*. Matthias Fiedler / Lee Hielscher, *Aus den Kreisläufen des ‚Schweinesystems‘. Die Fleischindustrie im Oldenburger Münsterland als Regime von Mobilität und Ausbeutung, in: movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies 3 (1), 2017*. Ursula Mense-Petermann, *Eastern European Service Contract Workers in the German Meat Industry – A Case Study in Market Making of a Transnational Labor Market*. ZiF-Mitteilungen, 2/2018, S. 23–31.

<sup>48</sup> Vgl. Initiativenkonferenz, Erklärung zum Arbeitsschutzgesetz Fleischindustrie, Hannover 2020, [<https://sh-nordwest.dgb.de/+ + co + + ee0a34d2-e5e7-11ea-8c95-001a4a160123>].

down Schweinesystem“<sup>49</sup>. Ziele waren nicht zuletzt *Tönnies* und seine Zweigbetriebe: Abgesehen vom Hauptsitz in Rheda fanden Aktionen auch in Kellinghusen (Schleswig-Holstein) und in Weißenfels (Sachsen-Anhalt) statt.<sup>50</sup> Einige Exponent\*innen der Kampagne wurden im Frühjahr und Sommer 2020 häufig in der deutschsprachigen Presse zitiert. Sie wurden eine Art Sprachrohr der hiesigen Fleischindustrie-Kritik.<sup>51</sup> Exemplarisch ist hierfür ein Bild, das im Mai 2020 vor dem Werkstor des drittgrößten Schlacht- und Zerlegebetriebs *Westfleisch* im nordrhein-westfälischen Coesfeld anlässlich der dortigen Masseninfektion aufgenommen wurde.<sup>52</sup> Man sieht den Priester Peter Kossen, einen bekannten Kritiker der Fleischindustrie, zusammen mit einer weiteren, unbekanntenen Person. Beide tragen Mund- und Nasenschutz, im Fluchtpunkt des Bildes liegt der Schriftzug sowie das Logo der kritisierten Firma. Kossen hält ein selbstgemaltes Schild mit der Aufschrift „Moderne Sklaverei beenden“ vor sich, sein Kollege hat auf seines „Würde und Gerechtigkeit statt Ausbeutung“ geschrieben. Die Kampagne konnte insgesamt erfolgreich das Deutungsmuster der Ausbeutung dem rassistischen Gerede von einer „migrantischen Ansteckungsgefahr“ entgegenzusetzen. Dies geschah allerdings auf der Grundlage einer Zuschreibung,

<sup>49</sup> WDR, Corona-Effekt: Viel Aufmerksamkeit und guter Wille für Werkvertragsarbeiter, 17. Mai 2020, [[www.wdr.de/nachrichten/westfalen-lippe/corona-situation-der-toennies-werkvertrag-arbeiter-100.html](https://www.wdr.de/nachrichten/westfalen-lippe/corona-situation-der-toennies-werkvertrag-arbeiter-100.html)].

<sup>50</sup> Aktions- und Kampagnenbeispiele finden sich in: Jour Fixe Gewerkschaftslinken (Hg.), *Das Schweinesystem. Aufhebung der Werkverträge und des Subunternehmertums!*, Berlin 2020.

<sup>51</sup> Das gilt etwa für die Vertreter\*innen der NGG, aber auch für Sprecher\*innen aus dem DGB Schleswig-Holstein sowie für einige Vertreter\*innen der Beratungsstellen. Einer Aktivistin der Rhedaer Initiative gegen Tönnies, Inge Bultschnieder, wurde sogar das Titelbild der EMMA gewidmet: Annika Ross, Die Frau, die gegen Tönnies kämpft, Emma, 26. August 2020, Berlin, S. 34–38, [<https://www.emma.de/artikel/die-frau-die-gegen-toennies-kaempft-338001>]. Schließlich hat ein Dokumentarfilm im Sommer 2020 Furore gemacht, in dem unter anderem Tönnies-Arbeiter\*innen begleitet wurden (allerdings nicht in den Betrieb): Yulia Lokshina, Regeln am Band, bei hoher Geschwindigkeit, Dokumentarfilm, yip-Filmverleih, 90 Minuten.

<sup>52</sup> Das Bild findet sich mehr oder weniger überall, so auch hier: Westfälische Nachrichten, Mahnwache bei Westfleisch: „Fälle in Coesfeld sind erst der Anfang“, 10. Mai 2020, [[www.wn.de/Muensterland/4198968-Interview-mit-Pfarrer-Peter-Kossen-Mahnwache-bei-Westfleisch-Faelle-in-Coesfeld-sind-erst-der-Anfang](https://www.wn.de/Muensterland/4198968-Interview-mit-Pfarrer-Peter-Kossen-Mahnwache-bei-Westfleisch-Faelle-in-Coesfeld-sind-erst-der-Anfang)].

die die Arbeitenden als verwundbar und nicht handlungsfähig kennzeichnete.<sup>53</sup>

Obschon das Hantieren mit dem Begriff der Sklaverei innerhalb der Kampagne selbst umstritten war, trug es insofern seinen Teil dazu bei, dass der Gesetzesentwurf der Regierung letztlich vielfach, vor allem in den Medienberichten, als ausschließliches Moment der Veränderung wahrgenommen wurde. Und auch der Bundesarbeitsminister selbst ließ daran keinen Zweifel.

## Der Arbeitsminister übernimmt

Das „Arbeitsschutzprogramm für die Fleischwirtschaft“ wurde am 20. Mai 2020 als Beschluss des Bundeskabinetts verkündet.<sup>54</sup> Arbeitsminister Heil präsentierte ein Eckpunktepapier: Ab 1. Januar 2021 werde das Schlachten und Verarbeiten von Fleisch nur noch Betriebsangehörigen erlaubt.<sup>55</sup> Außerdem versprach das Papier häufigere Kontrollen, die Pflicht der digitalen Aufzeichnung von Arbeitszeiten, die Verstetigung der Förderung der Beratungsstellen der *Fairen Mobilität*. Insbesondere der letztgenannte Punkt zeigt, dass dem Arbeitsministerium klar war, dass es mit der gesetzlichen Regelung alleine nicht getan sein würde. Aber die Unterstützung der Betroffenen durch Individualberatung blieb der einzige Punkt auf der provisorischen Liste vom 20. Mai, andere Möglichkeiten wie ein Verbandsklagerecht der Gewerkschaften gegen als systematisch zu betrachtende Fälle von Lohnbetrug blieben unbeachtet. Ausgeblendet wurden zudem weitere strukturelle Aspekte wie die Verwundbarkeit von Migrant\*innen durch mangelnde Ansprüche auf Lohnersatzleistungen, die Situation auf dem Wohnungs-

---

<sup>53</sup> Eine lobenswerte Ausnahme findet sich hier: Manfred Götzke, Niedriglohnsektor. Abgezockt, betrogen, gefährdet – Rumänen und Bulgaren in Deutschland, Deutschlandradio, 23. Mai 2020, [[www.deutschlandfunk.de/niedriglohnsektor-abgezockt-betrogen-gefaehrdet-rumaenen.1775.de.html?dram:article\\_id=477011](http://www.deutschlandfunk.de/niedriglohnsektor-abgezockt-betrogen-gefaehrdet-rumaenen.1775.de.html?dram:article_id=477011)].

<sup>54</sup> Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Presseerklärung vom 20. Mai 2020, [[www.bmas.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/mehr-arbeitsschutz-und-hygiene-in-der-fleischwirtschaft.html](http://www.bmas.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/mehr-arbeitsschutz-und-hygiene-in-der-fleischwirtschaft.html)].

<sup>55</sup> BMAS, Eckpunkte Arbeitsschutzprogramm Fleischwirtschaft, Berlin 2020.

markt und anderes mehr. Und schließlich wurde an keinem Punkt der Debatte die Forderung nach einer Stärkung der sozial- und aufenthaltsrechtlichen Position der Arbeitenden aufgenommen. Damit jedoch waren auch Veränderungen in einem der wichtigsten Momente der multiplen Prekarität der Arbeiter\*innen versperrt.<sup>56</sup>

Das Ein-Punkt-Programm des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) und der blinde Fleck der migrantischen Arbeit kontrastieren merkwürdig mit dem Umstand, dass die öffentliche Debatte zur Fleischproduktion wenigstens im Sommer 2020 keineswegs frei von grundlegenden Erwägungen war. Sie funktioniert wie eine Taschenlampe: Manches erscheint im grellen Licht, Anderes ist umso mehr in Dunkelheit getaucht.<sup>57</sup> So hinderte der Umstand, dass strukturelle Formen von Herrschaft im Arbeitsprozess wie beispielsweise solche, die durch Migrationsverhältnisse ausgelöst werden, öffentlich kein Thema waren, keinesfalls daran, die Frage nach dem Sinn des privaten Eigentums in der Produktion von Lebensmitteln zu diskutieren. Hatten vor der Pandemie lediglich wenige Aktivist\*innen und Initiativen aus dem Tierschutzbereich diese Frage vorgebracht, geriet sie nun in den Vordergrund der Debatte.<sup>58</sup> Im Sommer 2020 wurde sie zudem einer der Gegenstände, die in der Klimagerechtigkeitsbewegung eine wichtige Rolle zu spielen begannen. Gleichzeitig wurde in der Coronakrise die Bedeutung systemrelevanter Bereiche ein wichtiger Diskussionspunkt in der Arbeits- und Wirtschaftspolitik. Auf dem Höhepunkt der Krise der Fleischindustrie gelang es in der Folge, ähnlich wie es auch 2019 schon im Zuge der Klimagerechtigkeitsbewegung der Fall gewesen war,

<sup>56</sup> Das Protokoll der ersten Lesung im Bundestag bestätigt diesen Eindruck. Die problematischen Aspekte des Gesetzes (u.a. die Verknüpfung von Wohnraum und Arbeitsvertrag, siehe unten) wurden kaum angesprochen, die Frage nach erweiterten sozialen Rechten für Migrant\*innen tauchte nicht auf. Vgl. Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht der 173. Sitzung, 10. September 2020, hier: S. 21.648ff., [<https://dip21.bundestag.de/dip21/btp/19/19173.pdf>].

<sup>57</sup> Birke, Coesfeld (wie Anm. 1), S. 140ff.

<sup>58</sup> Ein Beispiel hierfür ist die gemeinsame Pressemitteilung von Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, und ALSO vom 14. Mai 2020, Billigproduktion gefährdet Menschenleben! Stilllegung verantwortungsloser Ernährungsbetriebe, [<https://www.also-zentrum.de/archiv/beitrag/Pressemitteilung.html>].

vor allem den Grünen, in solchen grundlegenden sozial-ökologischen Fragen zu punkten, obwohl die Forderungen nach Mindestpreisen für landwirtschaftliche Produkte oder nach einem *Green New Deal* insgesamt keineswegs als systemfeindlich zu bezeichnen sind.<sup>59</sup>

\*

Die Abschaffung von Werkverträgen und Leiharbeit, die im Gesetzesentwurf auftauchte, war aber trotz dieser Begrenzungen, blinden Flecken und Paradoxien eine kleine Sensation. Sie traf auf breite Zustimmung in Gewerkschaften, Initiativen und in der parlamentarischen Linken. Kaum überraschend wurde sie ebenso vehement von der Fleischindustrie abgelehnt. Im Mittelpunkt der Abwehrbemühungen stand der Vorwurf, dass die Abschaffung einem „Systemwechsel“ gleichkomme, der sich in Zukunft auf alle Beschäftigungsverhältnisse und in letzter Instanz auf die „Freiheit des Unternehmertums“ auswirken würde.

Doch zunächst trieb der *Tönnies*-Fall dem Bundesarbeitsministerium den Wind in die Segel, um das Gesetz weiter vorantreiben zu können. So konnte Clemens Tönnies am 18. Juni noch behaupten, dass die „Arbeiter das Virus aus ihren Heimatländern“ mitgebracht hätten und der Ministerpräsident des Landes NRW Armin Laschet sich dem anschließen.<sup>60</sup> Aber schon am Tag danach wurde *Tönnies* und sein permanent durch die Medien polternder Chef überall zu einer Symbolfigur für eine scharf vorgetragene Kritik an der Fleischindustrie.<sup>61</sup> Nach einem Sturz-

---

<sup>59</sup> Bündnis 90 / Die Grünen, 7-Punkte-Plan zur Verbesserung der Lage auf den Schlachthöfen, 18. Mai 2020, [[www.gruene.de/artikel/7-punkte-plan-zur-verbesserung-der-lage-in-den-schlachth%C3%B6fen](http://www.gruene.de/artikel/7-punkte-plan-zur-verbesserung-der-lage-in-den-schlachth%C3%B6fen)].

<sup>60</sup> Die Zeit, Virusausbruch bei Tönnies. Laschet stellt umstrittene Corona-Äußerungen klar, 18. Mai 2020, [[https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-06/virusausbruch-toennies-armin-laschet-umstrittene-corona-aeusserung-schlachtbetrieb?utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F](https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-06/virusausbruch-toennies-armin-laschet-umstrittene-corona-aeusserung-schlachtbetrieb?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F)].

<sup>61</sup> Vor den Werktoeren fanden Dutzende Aktionen statt, u. a. ließen sich Tierschützer\*innen blicken, die NGG, auch Greenpeace. Ein Höhepunkt waren die Demos zur Wiedereröffnung. Die Webseite „Landundforst“, die eine detaillierte Chronik der Ereignisse veröffentlicht hat, notierte für den 17. Juli: „Update, 13 Uhr: Zahlreiche Demos vor der Firmenzentrale sind angekündigt.“



flug in den Meinungsumfragen ruderte Laschet zurück und erklärte das Gegenteil: „Die Arbeitsbedingungen und die Unterbringung der Menschen [haben] dazu beigetragen, dass sich der Corona-Virus derart unter den Mitarbeitern des Schlachtbetriebs in Gütersloh ausbreiten konnte.“<sup>62</sup>

Die Kehrtwendung markierte das vorläufige Scheitern des Versuchs der Fleischindustrielobby, eine Abwehrgeneration gegen die Kritik an den Arbeitsbedingungen aufzubauen. Es sollte allerdings neben der wochenlangen Schließung der Firma auch der Effekt der Abschottung des chinesischen Markts für als „infiziert“ geoutete Betriebe nicht unterschätzt werden. Handelte es sich doch um ein bis dahin ungesesehenes Phänomen, das das exportorientierte Expansionsmodell der „Großen“ in der Branche in reale Gefahr brachte.<sup>63</sup> So war es mithin also nicht nur der öffentliche Druck und auch nicht nur die – in der Rückschau gesehen auch eher kurzfristige – Wut der örtlichen Bevölkerung auf das Unternehmen, die eine für die Durchsetzung des Verbots der Werkverträge im Grunde günstige Situation hervorbrachten, sondern eben auch der entstandene ökonomische Druck. Jedenfalls blieb es zunächst bei einem ungewöhnlich breiten Konsens über das gesetzliche Verbot eines Teils der prekären Beschäftigung in einem Teilbereich der Branche. Hubertus Heil konnte sich zunächst unwidersprochen gegen eine schwache gesetzliche Regelung wie im Gesetz zur Sicherung von Arbeitnehmerrechten in der Fleischwirtschaft (GSA Fleisch) von 2017 aussprechen, in dem nicht in die Beschäftigungsverhältnisse als solche

Darunter Klima- und Tierschützer. Für die Gegenseite riefen Landwirte zu einem Grillen vor der Firmenzentrale auf“, [[www.landundforst.de/landwirtschaft/betrieb/coronavirus-ausbruch-toennies-folgen-ticker-562326](http://www.landundforst.de/landwirtschaft/betrieb/coronavirus-ausbruch-toennies-folgen-ticker-562326)].

<sup>62</sup> Dass der Betrieb nicht in Gütersloh liegt, sei am Rande bemerkt, vgl.: Tagesspiegel, Mittlerweile 730 Infizierte bei Tönnies – nun soll die Bundeswehr helfen, 18. Juni 2020, [<https://www.tagesspiegel.de/wissen/coronavirus-ausbruch-in-guetersloh-mittlerweile-730-infizierte-bei-toennies-nun-soll-die-bundeswehr-helfen/25930026.html>].

<sup>63</sup> Dieses Moment wurde eher in der Fachpresse diskutiert. Vgl. etwa Steffen Bach, Handel mit Schweinefleisch. China sperrt Tönnies, fleischwirtschaft, 23. Juni 2020, [<https://www.fleischwirtschaft.de/wirtschaft/nachrichten/Handel-mit-Schweinefleisch-China-sperrt-Toennies-42226?crefresh=1>].

eingegriffen worden war.<sup>64</sup> Seine Aussage war Common Sense in den Landesregierungen von NRW (schwarz-gelb), Niedersachsen (rot-schwarz) und Baden-Württemberg (grün-schwarz), wo spätestens nach der Ankündigung von *Müller-Fleisch*, selbst die Werkverträge abzuschaffen, das Eis gebrochen war.<sup>65</sup> Sehr deutlich setzte sich auch der CDU-Arbeitsminister von NRW, Karl Josef Laumann, Mitte Juli für ein Verbot von Werkverträgen ein.<sup>66</sup>

Bis zum Spätsommer blieb die Fleischindustrie in der Defensive. Weitere massive Infektionen, so etwa bei der Geflügelschlachtere *Heidemark* in Niedersachsen,<sup>67</sup> trugen dazu bei, dass Lobbyist\*innen und Konzerne weit von ihren vor der Krise vertretenen Positionen zurückweichen mussten: In den letzten Juniwochen erklärten alle großen Unternehmen in vorauseilendem Gehorsam den Verzicht auf Werkverträge. Zugleich erklärten sie, sowohl die Rekrutierung als auch den Wohnungsbau selbst in die Hand zu nehmen. In einem „10-Punkte-Zukunftsprogramm“ des *Westfleisch*-Konzerns wurde zudem die Einführung einer digitalen Zeiterfassung für alle Beschäftigten annonciert, auch eine Forderung des Gesetzesentwurfs. Schließlich wurde angekündigt die „konzernweite Mitbestimmung weiter mit Leben zu füllen“.<sup>68</sup> *Westfleisch* hat in dieser Hinsicht in der Tat ein Alleinstellungsmerkmal:

---

<sup>64</sup> Vgl. Bosch et al., Fleischindustrie (wie Anm. 13).

<sup>65</sup> Matthias Schiermeyer, Fleischbetriebe in die Pflicht genommen, Stuttgarter Zeitung, 5. Juli 2020, [www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.landesregierung-plant-neue-verordnung-fleischbetriebe-in-die-pflicht-genommen.976f92a0-4439-4043-9f91-7336b13f2a48.html?reduced=true].

<sup>66</sup> Bei dieser Gelegenheit wies der CDU-Politiker auch Regressforderungen von Tönnies zurück: Der Spiegel, Fleischfabrikschließung wegen Corona. NRW wird freiwillig keinen Cent an Tönnies zahlen, 16. Juli 2020, [https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/nrw-gesundheitsminister-karl-josef-laumann-draengt-auf-verbot-von-fleischindustrie-werkvertraegen-a-d1bd6a0c-cce5-400a-bf1f-b976b6f9cc48].

<sup>67</sup> MK Kreiszeitung, Coronavirus im Geflügel-Schlachthof Heidemark – 270 Personen in Quarantäne, 10. August 2020, [https://www.kreiszeitung.de/lokales/oldenburg/grossenkneten-ort61344/heidemark-ahlhorn-gefluegelschlachtbetrieb-coronavirus-test-spaetschicht-quarantaene-infizierte-covid19-90019540.html].

<sup>68</sup> Westfleisch, Presseerklärung: Neues 10-Punkte-Zukunftsprogramm: Künftig stellt Westfleisch alle Mitarbeiter selbst ein, 23. Juni 2020, [westfleisch.de/fileadmin/Bilder/05\_Presse/05.02\_Pressemitteilungen/2020/PM\_Westfleisch\_10-Punkte-Zukunftsprogramm.pdf].

Es ist derzeit der einzige größere Betrieb, der Arbeitsbeziehungen per (Haus-)Tarifvertrag regelt.<sup>69</sup>

Nur wenige Tage nach *Westfleisch* verkündete auch *Tönnies*, innerhalb der nächsten sechs Monate alle Werkvertragsbeschäftigten in Schlachtung, Zerlegung und Verarbeitung fest einzustellen.<sup>70</sup> Dagegen wurde die kurzfristige Gründung von 15 Tochterunternehmen durch *Tönnies* in der Öffentlichkeit als Vorbereitung interpretiert, das Gesetz unterlaufen zu können.<sup>71</sup>

Dieser Verdacht trug jedoch nur dazu bei, dass die Gesetzesinitiative präzisiert wurde. Am 27. Juli 2020 verkündete Heil einen im Vergleich zu den „Eckpunkten“ revidierten Entwurf.<sup>72</sup> Dieser sah für Schlachtung, Zerlegung und Verarbeitung in Betrieben mit über fünfzig Beschäftigten ein Kooperationsverbot zwischen verschiedenen Eigenunternehmen vor, um eine Unterbietungskonkurrenz und Verantwortungsverschiebung zu unterlaufen. Beim Verbot von Werkverträgen blieb es beim Termin zum 1. Januar 2021, ein erster kleiner Erfolg der Fleischlobby deutete sich jedoch an, indem Leiharbeit nunmehr erst zum 1. April 2021 untersagt werden sollte.

<sup>69</sup> Vgl. Serife Erol / Torsten Schulten, Neuordnung der Arbeitsbeziehungen in der Fleischindustrie. Das Ende der „organisierten Verantwortungslosigkeit“, in: WSI-Report, Düsseldorf, 61 (2020), S. 13. Auch die Übernahme von tausenden Werkvertragsbeschäftigten wurde dort per Haustarifvertrag geregelt.

<sup>70</sup> Tönnies, Sofortprogramm der Tönnies-Gruppe, 25. Juli 2020, [[https://toennies.de/wp-content/uploads/2020/07/25-punkte-sofortprogramm\\_ueberblick.pdf](https://toennies.de/wp-content/uploads/2020/07/25-punkte-sofortprogramm_ueberblick.pdf)]. Zudem habe man zwei Wohnungsbaugesellschaften gegründet, um das auch im Ostwestfälischen knappe Angebot an Wohnraum zu erhöhen. Kurzfristig werde man vierhundert Wohneinheiten anmieten. Wenig später wurde erklärt, „70 Häuser mit bis zu 1.500 Wohnungen“ bauen zu wollen. Der Spiegel, Nach Kritik an Unterbringung, Tönnies will Wohnungen für Arbeiter bauen, 28. Juli 2020, [<https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/toennies-will-wohnungen-fuer-arbeiter-bauen-a-1746a3c7-72a4-4bda-9cfa-7dd50b8174c6>].

<sup>71</sup> Jan Keuchel / Michael Verfürden, Was es mit den 15 neuen Tochterfirmen bei Tönnies auf sich hat, Handelsblatt, 30. Juli 2020, [<https://www.handelsblatt.com/unternehmen/handel-konsumgueter/fleischbranche-toennies-production-i-xv-was-es-mit-den-15-neuen-tochterfirmen-auf-sich-hat/26050368.html?ticket=ST-3257972-aoiijkluLW9B2bFoygY2-ap4>].

<sup>72</sup> Auch im Folgenden: Bundesregierung, Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Vollzugs im Arbeitsschutz (Arbeitsschutzkontrollgesetz), Drucksache 426/20, 7. August 2020, [<http://dipbt.bundestag.de/dip21/brd/2020/0426-20.pdf>].

Was die Kontrolle der Arbeitsbedingungen betrifft, hier insbesondere der Einhaltung von Vorschriften zum Arbeitsschutz, so verwies die Bundesregierung auf die Arbeitsschutzbehörden der Länder. Dabei blieb der Gesetzesentwurf vage und legte lediglich eine auf alle Betriebe bezogene Kontrolldichte von fünf Prozent fest, die ab 2026 Geltung erlangen sollte.<sup>73</sup> Ebenso vage blieb die Festlegung zur „elektronischen Arbeitszeiterfassung“. Hier einigte man sich darauf, *dass* so etwas gemacht werden solle, aber nicht *wie*. Vor allem aber wurde die Forderung aus Gewerkschaften und Beratungseinrichtungen, den Beschäftigten eine Einsicht in die Aufzeichnungen über ihre Arbeitszeit zu ermöglichen, nicht berücksichtigt. Unklar blieb schließlich auch das Schicksal der Forderung nach einer Verbesserung der Wohn- und Unterbringungssituation. In die Arbeitsstättenverordnung, in der so etwas geregelt werden kann, wurde die Kategorie der „Gemeinschaftsunterkünfte“ eingeführt. Die von den Ländern auszuführenden Mindestbedingungen für die Unterbringung blieben unkonkret, genauer wurde der Regierungsentwurf zunächst nur hinsichtlich einer Verschlechterung: Erstmals wurden dort Wohnrecht und Arbeitsvertrag legal verknüpft. Was zuvor häufig, aber illegal war, nämlich dass Beschäftigte bei mangelndem Wohlverhalten gleichzeitig mit der Entlassung auch in die Obdachlosigkeit getrieben wurden, schien nunmehr legalisiert zu werden. In den Wochen vor der ersten Lesung im Bundestag wurde insbe-

---

<sup>73</sup> Bußgelder bei Verstößen gegen die Arbeitszeitgesetze wurden von 15.000 auf 30.000 Euro erhöht. Das Problem der Kontrolldichte der in Länderhoheit verwalteten Arbeitsschutzbehörden muss vor dem Hintergrund einer Mischung aus Sparen und wachsenden Anforderungen gesehen werden, die diesen Arbeitsbereich in den vergangenen Jahren geradezu verwüstete. Während im Bundesgebiet 2008 noch über 330.000 Betriebsbesichtigungen stattfanden, ging die Zahl deshalb bis 2018 auf rund 167.000, also etwa die Hälfte, zurück. Durchschnittlich wird jeder Betrieb nunmehr nur alle 25 Jahre aufgesucht – 2008 waren es noch 11,8 Jahre, auch keine beeindruckende Quote. Während die Zahl der Betriebsstätten in dieser Periode stark wuchs, ging die Zahl der Aufsichtsbeamten\*innen zurück. Dies gilt überall, aber besonders auch in der Fleischindustrie: 2019 wurden nur 349 Arbeitgeber\*innen kontrolliert, wobei bspw. wegen Nichtgewährung des Mindestlohns Geldbußen von insgesamt 185.201 Euro verhängt wurden, 2017 war es rund das Doppelte gewesen. Unklar bleibt, ob diese Summe auch eingetrieben wurde. Zur Erinnerung: Im März 2020 machte die Fleischindustrie in Deutschland rund 3,7 Milliarden Euro Umsatz. Vgl. Bosch et al. Fleischindustrie (wie Anm. 13), hier: S. 13ff.

sondere dieser Punkt kritisiert. Bereits Mitte August hatte die „Initiativenkonferenz für die Fleischindustrie“, zu der sich auf Einladung des *DGB Nord* und des *Kirchlichen Diensts in der Arbeitswelt* Beratungsstellen, Bürger\*innen-Initiativen, NGG und andere trafen, zwar ihre Zustimmung zur Abschaffung der prekären Beschäftigung erklärt, kritisierte aber vehement jene „Legalisierung der Obdachlosigkeit“. <sup>74</sup> Ein Berater der ALSO schilderte uns in einem Interview, wie massiv dieses Problem aus seiner Sicht ist:

Das ist [ein] großes Problem, ich hatte eine Familie in der Beratung. Beide sind um Weihnachten krank geworden, Unternehmen hat sofort gekündigt, also Arbeit verloren, Zimmer verloren. Dann haben die mich angerufen: Wir sind jetzt, im Moment, jetzt stehen wir auf der Straße. Was sollen wir denn jetzt bloß machen? <sup>75</sup>

Die vehemente Kritik an der Verknüpfung von Arbeitsvertrag und Unterbringung fand, verglichen zu der Welle, die die Infektionsfälle und der damit verbundene Blick hinter das Werkstor und in die Unterkünfte im Hochsommer ausgelöst hatte, im frühen Herbst nur noch ein bescheidenes Echo. Immerhin wurde dieser Punkt in seiner expliziten Form nach der ersten Lesung im Bundestag Anfang Oktober aus dem Gesetzesentwurf entfernt, das heißt, die konkrete Form der Kontrolle der Unterbringung bleibt ebenso offen wie eine Konkretisierung der zumindest auf dem Papier nunmehr angestrebten „Mindestbedingungen“. <sup>76</sup>

## Razzien und Revisionen

Als das Parlament den Gesetzesentwurf am 10. September zum ersten Mal debattierte, ging es im Kern weder um Unterkünfte noch um

<sup>74</sup> Süddeutsche Zeitung, Kritik an Schlachthof-Gesetz, 23. August 2020, [[www.sueddeutsche.de/wirtschaft/fleischbranche-kritik-an-schlachthof-gesetz-1.5007335](http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/fleischbranche-kritik-an-schlachthof-gesetz-1.5007335)]. Konkret geht es hier um die Änderung von § 2 Abs. 8 Nr. 3 ArbStättV-E. Vgl. Bundesregierung, Entwurf Arbeitsschutzkontrollgesetz (wie Anm. 72).

<sup>75</sup> SOFI-Archiv, Sample Refugees at Work, 30. Juni 2020, Herr Jakob\*, ohne Signatur.

<sup>76</sup> BMAS, 30. November 2020: Faktenpapier Arbeitsschutzkontrollgesetz, Berlin.

Migration. Vielmehr wurde ausschließlich debattiert, ob erstens Werkverträge und Leiharbeit *überhaupt* in Gänze abgeschafft werden sollten. Und zweitens stritt man sich darum, wie man die Einhaltung der Gesetze *kontrollieren* könne. Dass beides geschehen müsse, war sehr mehrheitsfähig. Nur die FDP, in Gestalt des Abgeordneten Carl-Julius Cronenberg, wandte sich zu diesem Zeitpunkt explizit gegen das Verbot der Leiharbeit, während die AfD forderte, offenbar inspiriert durch hervorragende Kontakte zur Fleischindustrie, dass 15 Prozent der Belegschaften weiter Leiharbeiter\*innen sein können.<sup>77</sup> In der Frage nach der Kontrolle waren sich sogar *alle* Parteien einig. Durchgehend wurde in mal mehr, mal weniger markigen Worten ein „Eingreifen des Staats“ angesichts der skandalösen Situation in der Fleischindustrie befürwortet. Auch ein gewichtiger Teil der Forschung schrieb sich in diesen Diskurs ein, indem sie den Ausnahmecharakter der Fleischindustrie markierte:

Die in anderen Branchen erfolgreiche Selbstregulierung über starke Sozialpartner und Branchentarife funktionierte in dieser Branche, wie auch in anderen deutschen Niedriglohnbranchen, schon lange nicht mehr. Hilfe konnte nur noch vom Staat erwartet werden.<sup>78</sup>

Aber war „Hilfe vom Staat“ wirklich zu erwarten? Die Ambivalenz staatlichen Eingreifens wurde schon am 23. September allen Interessierten deutlich. An diesem Tag unternahm die Bundespolizei eine Razzia in Geschäftsräumen von Zeitarbeitsfirmen sowie Unterkünften von Arbeitenden. Gegenstand der Durchsuchung war der Verdacht auf Urkundenfälschung und Arbeiten ohne Aufenthalts- beziehungsweise Arbeits-

---

<sup>77</sup> Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht (wie Anm. 56), hier: S. 21.651. Die LINKE forderte in einem eigenen Antrag eine Herabsetzung der Mindestbeschäftigung, die Erhöhung der Kontrolldichte usw., vgl. Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Antrag der Abgeordneten Ferschel et al. und der Fraktion der Linken, Arbeitsschutzkontrollgesetz nachbessern und Ausbeutung in der Fleischindustrie beenden, Drucksache 19/22488, Berlin 2020, [<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/224/1922488.pdf>].

<sup>78</sup> Bosch et al., Fleischindustrie (wie Anm. 13), S. 2.

genehmigung.<sup>79</sup> Sanktioniert wurden Täter\*innen wie Opfer, heißt:<sup>80</sup> Wer besonders dreist ausgebeutet wird, wird potenziell auch abgeschoben. Wer besonders dreist ausbeutet, wird nur insofern belangt, als er oder sie sich direkt des „Schleusens“ schuldig gemacht hat, während die mit frischer Arbeitskraft belieferten Konzerne ihre Hände in Unschuld waschen. Konsequenz, daher: Die Razzia habe sich, wie *Der Spiegel* berichtete, laut Bundespolizei ausdrücklich „nicht gegen die fleischverarbeitende Industrie“ gerichtet.<sup>81</sup> Und welche Arbeiter\*innen waren betroffen? Anlässlich der Razzia wurde die in unseren Interviews geäußerte Beobachtung bestätigt,<sup>82</sup> dass nach der Pandemie offenbar verstärkt Neurekrutierung außerhalb der EU stattfand. Die von der Bundespolizei ermittelten „Vergehen“ bestanden wesentlich darin, mit falschen EU-Papieren Leute aus Nicht-EU-Ländern anzuheuern: Kosovo, Georgien, Ukraine, Belarus. Bei der vergleichsweise großen Zweigstelle der Firma *Tönnies* in Weißenfels (Sachsen-Anhalt) soll eine Mehrheit der in Schlachtung und Zerlegung Beschäftigten mittlerweile aus diesen Ländern kommen.<sup>83</sup> Dass die Abschiebedrohung das, was als „Verwundbarkeit“ von Arbeitenden bezeichnet wurde, nicht eben verringert, sollte in diesem Zusammenhang zu denken geben: Eine Amnestieregelung für die so Aufgegriffenen wäre dringend notwendig. Leider wurde sie von (fast) niemandem gefordert.<sup>84</sup>

<sup>79</sup> Claus Hecking / Nils Klawitter, Der Sumpf von Weißenfels, *Der Spiegel*, 23. September 2020, [[www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/razzia-in-der-fleischindustrie-der-sumpf-von-weissenfels-a-c82d7da6-7352-45ca-995b-61379778a966](http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/razzia-in-der-fleischindustrie-der-sumpf-von-weissenfels-a-c82d7da6-7352-45ca-995b-61379778a966)].

<sup>80</sup> Der Zoll war nur wenige Tage vorher in einer ähnlich groß angelegten Kontrolle der Paketdienste aktiv. Ein Kollege konnte im Rahmen einer Studie zur aktuellen Situation in der niedersächsischen Fleischindustrie auch einen Vertreter der beim Zoll angesiedelten Finanzkontrolle Schwarzarbeit sprechen, der zum Ausdruck brachte, dass die FKS dafür zuständig sei, wenn dem „Staat Geld vorenthalten wird“; wenn die Arbeitenden ihr Geld nicht erhalten, seien dagegen „Andere“ zuständig. Vgl. Neef-Methfessel, *Informalisierte Arbeit* (wie Anm. 6), S. 20.

<sup>81</sup> Hecking / Klawitter, *Illegale Leiharbeit* (wie Anm. 79).

<sup>82</sup> SOFI-Archiv, *Sample Refugees at Work*, 2. Juni 2020, Herr Jakob\*, ohne Signatur.

<sup>83</sup> FAZ, *Illegale Arbeitnehmer sollen auch bei Tönnies beschäftigt sein*, 23. September 2020, [[www.faz.net/aktuell/wirtschaft/illegale-leiharbeit-razzien-in-der-fleischindustrie-16966856-p2.html](http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/illegale-leiharbeit-razzien-in-der-fleischindustrie-16966856-p2.html)].

<sup>84</sup> Vgl. Aktion Arbeitsrecht, *Groß-Razzia in der Fleischindustrie. Tönnies geschont, die Ärmsten der Armen abgeschoben*, 25. September 2020, [<https://arbeitsrecht.de/bundespoli->

\*

Machen wir uns nichts vor: Die wichtigste Motivation für den im September 2020 vorherrschenden Konsens über das Arbeitsschutzkontrollgesetz war die Furcht davor, Verantwortung für die Auswirkungen von Masseninfektionen tragen zu müssen. Dies erklärt zwar nicht bis zum Ende die Position von Hubertus Heil, der zumindest eine plastische Empörung über die Arbeitsbedingungen immer wieder zum Ausdruck gebracht hat, aber doch die Positionswechsel in der CDU / CSU, deren Agrarminister\*innen eingeschlossen. Es erklärt auch Armin Laschets aufgrund seines Popularitätssturzes in Meinungsumfragen durchgeführte Vollbremsung. Aber die Pandemie-Motivlage war zugleich ein Grund dafür, dass die Reform unvollständig blieb. Zudem begann praktisch mit der Verkündung des Entwurfs die Gegenoffensive.

Sie fand im Laufe des Herbstes zunehmend unverblümt statt, siehe die begleitend zum Gesetzgebungsverfahren in Bundestag und Bundesrat eingegangenen Stellungnahmen einer erstaunlich zahlreichen Menge von Geflügel-, Schweine- und sonstigen Fleischverbänden.<sup>85</sup> Ihre gemeinsame Ausrichtung war die „Verwässerung“. Ein Frontalangriff auf das Gesetz blieb aus, stattdessen wurde gegen die festgelegten Betriebsgrößen und Termine argumentiert, gegen das Kooperationsverbot, und – mit AfD und FDP im Rücken – gegen das Verbot der Leiharbeit. Man wurde nicht müde zu betonen, dass kurzfristige Auftragsschwankungen mit dem Gesetz nicht mehr reguliert werden könnten. Allerdings ist insbesondere die Schlachtung kontinuierlich und eben kein Saisongeschäft, während die Verarbeitung auf unterschiedliche Nachfrageschübe bezogen ist, die sich über das Jahr jedoch so stark ausgleichen, dass kaum erklärt werden kann, warum man diese nicht mit ande-

---

zei-gross-razzia-in-der-fleisch-industrie-toennies-geschont-illegale-gejagt/].

<sup>85</sup> Für eine Sammlung aller in der Debatte eingegangenen Stellungnahmen vgl. [<https://www.bundestag.de/services/suche?suchbegriff=Arbeitsschutzkontrollgesetz>].



ren Mitteln als mit externer Rekrutierung (so etwa Arbeitszeitkonten usw.) ausgleichen kann.

Es wurde selbstverständlich dennoch weiter gejammert: „Im Frühjahr waren wir noch systemrelevant“, klagte etwa ein Herr Ripke, Präsident des Generalverbands der Deutschen Geflügelwirtschaft, am 9. Oktober in *Die Welt*.<sup>86</sup> Er habe „damals die Politik beruhigen können, dass die Versorgung mit Geflügelfleisch und Eiern gesichert ist“. Aber Undank ist der Welt Lohn, denn: „Für die Zukunft sieht Herr Ripke schwarz.“ Das Arbeitsschutzkontrollgesetz bedrohe, so Ripke, „akut die Existenz“. Es bestehe die Gefahr, dass „deutsche Tierwohlware“ aufgrund des „Tribunals“ der Politik vom Markt verdrängt werde. Und, ja: „Wir vermissen die Wertschätzung für unsere Arbeit.“ Wüsste man nichts um die konkreten Herstellungsbedingungen jener „Tierwohlware“, würde man fast in Mitleid ausbrechen. Aber selbst wenn wir uns nicht erweichen lassen, können wir uns doch darauf verlassen, dass es in der christlichen Regierungspartei Mitgefühl gibt. Nur wenige Tage nach dem Protest der Geflügelschlachter\*innen meldeten CDU und CSU massive Bedenken an, die in ihren Reihen insbesondere gegen das Verbot der Leiharbeit aufgekommen seien. Das zum Beschluss vorbereitete Gesetz wurde von der Tagesordnung des Bundestags genommen. Es folgten zähe Verhandlungen, die im Dezember 2020 damit endeten, dass das Gesetz für Schlachtung und Zerlegung weitgehend in der vorgesehenen Form verabschiedet wurde. Dem Bereich Verarbeitung wurde hiermit allerdings unter bestimmten Bedingungen, wie dem Abschluss von Tarifverträgen, ein auf acht Prozent der Belegschaft begrenzter Einsatz von Leiharbeiter\*innen zugestanden.<sup>87</sup>

✱

<sup>86</sup> Carsten Diering, Das Vorgehen der Politik gleicht einem Tribunal, *Die Welt*, 9. Oktober 2020, [<https://www.welt.de/wirtschaft/article217417996/Arbeitsschutzkontrollgesetz-Das-Vorgehen-der-Politik-gleicht-einem-Tribunal.html>].

<sup>87</sup> BMAS, Faktenpapier (wie Anm. 76).

Es bleibt vorläufig bilanzierend festzuhalten, dass sich bis zum Winter der Diskurs grundlegend verschob: Der Auftritt der Arbeiter\*innen, von den vielen Augenzeug\*innenberichten im März und April ausgelöst, von den Medien und Botschaften einiger Herkunftsländer in die politische Öffentlichkeit transportiert, war beendet. Die erste Verschiebung fand angesichts der Wahrnehmung statt, dass die Regierung im Prinzip der Kritik folgt, die die Arbeit im Schlachthof als „moderne Sklaverei“ gefasst hatte. Der Gesetzesentwurf blieb freilich „halbiert“: Es war ein großer Schritt nach vorn, namentlich im Verbot eines Teil der prekären Beschäftigungsformen, dem ein kleiner Schritt zurück folgte, namentlich angesichts der blinden Flecken in Bezug auf die Forderung nach sozialen Rechten und Ansprüchen sowie der wenig konkreten Regeln in Bezug auf die Frage nach menschenwürdigem Wohnen. Im Laufe des Oktobers wurde dann selbst diese halbe Reform porös, die Fleischindustrie setzte auf Verwässerung und Zeitgewinn, und in der CDU / CSU wurde, eigentlich wenig überraschend, deutlich, dass nicht alle, aber wichtige Teile der Landtags- und Bundestagsfraktionen die Initiative des Arbeitsministeriums nur mit halbem Herzen oder gar nicht unterstützten.

Innerhalb der NGG setzte sich parallel die Linie durch, dass die Abschaffung von Werkverträgen und Leiharbeit, wie auch immer konkret ausgeformt, ihre betriebliche Verankerung verbessern könnte: Sie organisierte unter anderem Aktionstage als Versuch, vor den Werkstoren mit Arbeiter\*innen ins Gespräch zu kommen.<sup>88</sup> Der zuletzt verabschiedete Gesetzesentwurf scheint diese Orientierung durchaus zu stützen. Aber ist sie realistisch? Welche Grundlage und Perspektiven hat die kollektive Organisation der Beschäftigten? Und welche Rolle spielt dabei das Thema Migration?

---

<sup>88</sup> NGG-Presserklärung, Beratung für Beschäftigte in der Fleischwirtschaft. NGG startet „Aktionswochen Fleisch“, 7. November 2020, [<https://www.ngg.net/alle-meldungen/meldungen-2020/ngg-startet-aktionswochen-fleisch/>].

### 3. Perspektiven kollektiver Organisation

Morrison, Sacchetto und Cretu haben in einer Studie zu Arbeitsmigration aus Moldawien nach Russland und Italien die These entwickelt, dass die dort beobachtete Fluktuation der Arbeitenden auch als Form des Widerstands gegen schlechte Arbeitsbedingungen verstanden werden müsse.<sup>89</sup> Will man Arbeitskämpfe und kollektive Organisation in der Fleischindustrie verstehen, so ist diese Perspektive unentbehrlich: Felix Bluhm und ich haben dies in einem Text für diese Zeitschrift für die Zeit bis 2019 beschrieben.<sup>90</sup> Dort wurde auch gezeigt, wie sich für eingearbeitete Kolleg\*innen Produktionsmacht und Marktmacht verbinden, weshalb es wenig Sinn macht, beide als unabhängige Faktoren zu verstehen: Wilde Streiks und die Drohung des Weiterwanderns machen nur Sinn, wenn man damit den Arbeitsprozess stören kann. Und umgekehrt sind sie nur möglich, wenn das betroffene Unternehmen nicht so leicht einen Ersatz findet. In den Konflikten *vor der Pandemie* waren solche Streiks Indikator einer verbesserten Position eines Teils der Beschäftigten: „Entweder du zahlst besser oder wir gehen.“ – „Entweder du stellst uns fest an oder wir gehen.“ Jedoch lässt sich die Wirksamkeit solcher, bis auf wenige Ausnahmen öffentlich nie wahrgenommener Aktionen kaum evaluieren. Auch ihre Zahl und ihr Umfang lassen sich aufgrund mangelnder Dokumentation nicht abschätzen. Unsere Interviews zeigten für die Zeit bis zum ersten Lockdown zwar, dass die wenigen öffentlich beachteten kleinen Streiks nur die Spitze des Eisbergs sind. Sie zeigen aber auch, dass sich derartige Aktionen fast nie mit politischen Kampagnen verbinden oder mit lokalen Gewerkschaftsgruppen verbünden.<sup>91</sup> Hat sich daran 2020 etwas geändert?

<sup>89</sup> Claudio Morrison / Devi Sacchetto / Olga Cretu, *International Migration and Labour Turnover: Workers' Agency in the Construction Sector of Russia and Italy. Studies in Transition States and Societies*, 5 (2013), 2, S. 7–20.

<sup>90</sup> Birke / Bluhm, *Arbeitskräfte willkommen* (wie Anm. 3), S. 35–44.

<sup>91</sup> Ebd., S. 40.

Die Antworten, die in unseren Interviews auf diese Frage gegeben wurden, deuten darauf hin, dass sich die Form als solche erhalten hat, aber die Aktionen zugleich in einem stark veränderten Kontext stattfinden, namentlich *erstens* als Abwehrreaktionen gegenüber einer in der Pandemie wachsenden Forderung nach Arbeitsverdichtung sowie geradezu endlosen Arbeitszeiten – und *zweitens* als Kampf um die konkrete Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen, wie sie unter der Voraussetzung der Abschaffung der Werkvertragsarbeit möglich ist.

## Abwehrkämpfe

Herr Jakob\*, fünfzig Jahre alt, ist nach einem schweren Arbeitsunfall krankgeschrieben. Er hat seit 2012 mehr als drei Jahre in einer berüchtigten Sammelunterkunft in einer alten Kaserne gewohnt und ist nach eigener Auskunft einer der wenigen, der es fünf Jahre in der Grobzerlegung eines Schlacht- und Zerlegebetrieb ausgehalten hat. 2015 kam auch seine Frau nach Deutschland, die ebenso wie er in der Grobzerlegung beschäftigt war. Das Paar hat fünf Kinder, die in die Kita und in die Schule gehen.<sup>92</sup> In unserem Gespräch, das Ende Juni 2020 in den Räumen einer Beratungsstelle stattfand, schilderte Herr Jakob\*, wie so viele andere, die Tätigkeit als außerordentlich belastend:

Ich habe in Rumänien auf Baustellen und im Wald gearbeitet. Ich weiß, was schwere Arbeit ist, aber was ich hier erlebt habe, das ist kaum zu übertreffen. [...] In den ersten Monaten hatte ich [an den Handgelenken] solche Schmerzen, dass ich nicht einschlafen konnte. Ich saß da, Hände immer im Wasser, und verbrachte die halbe Nacht in unserem Gemeinschaftsraum am Waschbecken.<sup>93</sup>

Es gab in der Zerlegung auch mal ein paar Deutsche, so Herr Jakob\* weiter, aber die waren immer nur ein paar Tage da, dann haben sie aufgehört, denn „die Arbeit war zu brutal“. Fluktuation hat also zunächst Gründe, die ganz jenseits ihrer selbstbewussten Nutzung als Kampf-

---

<sup>92</sup> SOFI-Archiv, Sample Refugees at Work, 30. Juni 2020, Herr Jakob\*, ohne Signatur.

<sup>93</sup> Ebd.

mittel zur Durchsetzung von Forderungen liegen: die physische und psychische *Arbeitsbelastung* und die damit verbundene Erschöpfung. Herr Jakob\* sagte, dass nur drei oder vier von hundert Arbeiter\*innen für mehrere Jahre bleiben.

\*

Herr Andreas\*, seit weniger als zwei Jahren in Deutschland, ebenfalls verheiratet und gemeinsam mit seiner Frau hier, aber ohne Kinder, ist derzeit in einer großen Geflügelschlachtereier beschäftigt. Er berichtete uns am selben Tag in einem zweiten Interview, dass er in jener kurzen Zeit in vier verschiedenen Betrieben der Fleischindustrie beschäftigt war, teilweise Monate, dann mal länger, zwischendurch war er auch einige Wochen ohne Arbeit. Er führte aus, dass es bei den Subunternehmen ohnehin nur Halbjahres- oder Jahresverträge gebe. Eine Entfristung sei wie eine „Prämie“. Es ist davon auszugehen, dass auch in diesem Fall von einer allgemeinen Praxis die Rede ist:<sup>94</sup> Befristung wird auch in Zukunft ein Mittel bleiben, die Erpressbarkeit der Arbeiter\*innen zu erhalten, insbesondere nach der Abschaffung von Werkverträgen und Leiharbeit. Das ist der zweite Grund für die Fluktuation. Herr Andreas\* überlegt derzeit aber auch noch aus einem dritten Grund, das Land zu verlassen. Im O-Ton:

Wir haben zwei Vorarbeiter, ein Mann, eine Frau, die schreien einen an, sind sehr vulgär, egal ob jemand älter ist oder keine Kraft mehr hat. Die ganze Zeit, egal was ist, man wird ständig beschimpft und gestoßen und geschubst. Die nutzen auch aus, dass die Mehrheit an unserem Band kein Deutsch spricht. Eine Frau hat sich beim Chef darüber beschwert. Sie hat sogar gedolmetscht, ist aber trotzdem sofort rausgeflogen.<sup>95</sup>

In dem Interview mit Herrn Andreas\* wird eine permanente Gewalterfahrung thematisiert, eine Gewalt, die nicht zuletzt von oft selbst migrantischen „kleinen“ Chefs ausgeht. Dritter Grund für die Fluktu-

<sup>94</sup> Birke / Bluhm, Arbeitskräfte willkommen (wie Anm. 3), S. 30f.

<sup>95</sup> SOFI-Archiv, Sample Refugees at Work, 30. Juni 2020, Herr Andreas\*, ohne Signatur.

ation: Die Übergriffe der Vorgesetzten, die willkürlichen Entlassungen, die körperliche Gewalt, kurz, die *Entwürdigung*. Es ist dann schließlich an Herrn Jakob\*, wenngleich mit großer Skepsis, die Verbindung von Fluktuation und Unzufriedenheit mit den strukturellen Bedingungen zu thematisieren. Er sagte aus eigener bitterer Erfahrung: „Man wird auch krank, dann will man paar Tage zuhause bleiben, dann fliegt man. [...] Manche gehen aber auch nach Holland oder Frankreich, weil man da mehr Geld kriegt.“ Und weiter: „*Frage*: Kam das denn für Sie auch in *Frage*? – *Antwort*: Ist doch klar, ich habe fünf Kinder, wie soll ich das machen?“<sup>96</sup> Vierter Grund, diesmal aber nicht für die Fluktuation als solche, sondern für deren begrenzte arbeitspolitische Reichweite: Die ungleich verteilten *Fluchtmöglichkeiten*, je nach Geschlecht und Familiensituation.

Dennoch, es gibt Leute, die nach Dänemark, Holland, Frankreich weiterwandern, nicht zuletzt, weil in allen Nachbarländern besser gezahlt wird. Zwar gibt es viele Gründe für die Fluktuation, sie wird von den Unternehmen teils sogar gefördert, aber es gibt auch eine Art Sättigungspunkt: wenn die Ausbeutung vollends unerträglich wird, und wenn die Chance besteht, ihr zu entweichen. Und in einem – zugegeben recht schmalen – Fluchtpunkt verdichtet sich diese Kombination zu kollektiven Aktionen. Herr Jakob\* sagte:

Letzte Woche haben [in Betrieb A] so zwanzig das Band angehalten, Polen und Albaner, weil sie es einfach nicht mehr ausgehalten haben. Es waren auch sechs Rumänen dabei. Sie hatten 12-Stunden-Schichten. Und sie sind einfach nicht mehr gekommen. – *Dolmetscherin*: Das habe ich auch von [Betrieb B] gehört, da haben sie auch das Band angehalten und die Arbeitszeiten sind dann kürzer gemacht worden. – *Befragter*: Ja, und bei [Betrieb A] haben sie dann gesagt: Was zu viel ist, ist zu viel. Ist sowieso sehr harte Arbeit, aber in der Corona-Zeit, noch vier Stunden mehr, das geht nicht. Die Chefs sind dann hinterhergerannt [*Befragter, Dolmetscher\*innen und Befragter lachen*], bitte, bitte, wollt ihr nicht zu-

---

<sup>96</sup> SOFI-Archiv, Sample Refugees at Work, 2. Juni 2020, Herr Jakob\*, ohne Signatur.

rück? Aber die Polen und die Albaner waren schon weg. Nur wir Rumänen sind mal wieder zurückgekommen [*lachen*].

Die wilden Streiks sind nicht immer, aber doch oft, von der Stellung der Arbeitenden im Produktionsprozess abhängig: Es streikt sich unbekümmerter, wenn man weiß, dass man unentbehrlich ist. Die hierarchische Ordnung am Band reproduziert sich insofern, als die Wahrscheinlichkeit groß ist, dass eher jüngere und männliche Arbeitende sich derartigen Aktionen anschließen (können). Die gemeinsame Aktion ist zudem oft zunächst eine „rumänische“, „albanische“ usw., also auf die jeweilige Sprachgruppe bezogen.<sup>97</sup> Es ist zu vermuten, dass nach der Abschaffung von Werkverträgen und Leiharbeit gruppenbezogene Spaltungslinien von Seiten des Managements noch stärker akzentuiert werden: Die Löhne der „gesuchten“ Arbeiter\*innen werden vermutlich steigen, die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung am Band wird sich verstärken, das Ankommen von ungeübten „Neuen“ aus Drittstaaten ist wahrscheinlich. Auch das wird kollektive Aktionen nicht gänzlich ausschließen. Aber die Herausforderung, sie längerfristig mit kollektiver Selbstorganisation über die Grenzen der Teilgruppen hinaus zu verbinden und damit gewerkschaftliche Organisation zu ermöglichen, wird wohl keineswegs geringer werden.

## Der aufrechte Gang

Teilen die Arbeiter\*innen die Perspektive der NGG und nehmen sie das Verbot der Werkverträge als Organisierungschance wahr? Im Interview mit Frau Manuela\* gibt es eine diesbezüglich interessante Passage. Sie drehte den Spieß um und fragte mich als Interviewer immer wieder, was man denn machen kann, um etwas an der Ausbeutung in der Fleischindustrie zu verändern.<sup>98</sup> Meine Antworten waren nicht besonders ori-

<sup>97</sup> Herr Jakob\* schilderte, dass er jahrelang am selben Band mit seiner Frau gestanden hat – während er für die Grobzerlegung zuständig war und als gut angelernt angesehen wurde, hätten die Frauen „die Weichteile entfernt“, eine Tätigkeit, die zwar noch nicht schlechter bezahlt wurde, aber erheblich weniger Ansehen bei den Vorgesetzten genossen habe. SOFI-Archiv, Sample Refugees at Work, 2. März 2020, Herr Jakob\*, ohne Signatur.

<sup>98</sup> SOFI-Archiv, Sample Refugees at Work, 2. Juni 2020, Frau Manuela\*, ohne Signatur.

ginell – Beratung, Betriebsrat, Gewerkschaft – und bei allen diesen Antworten kommentierte sie, ach ja, Herr Soundso, Frau Soundso, dort sei sie auch schon gewesen. Am Ende wird die Frage, was man denn unternehmen könne, dennoch wiederholt.

Man kann das in zwei Richtungen interpretieren: Erstens ist der sehr hohe Informationsgrad von Frau Manuela\*, auch verglichen mit über die Beratungsstelle vermittelten Interviews „vor Corona“, bemerkenswert. Das ist jedoch kaum erstaunlich, denn bevor sie sich mit uns traf, hat sie einen intensiven, zum Zeitpunkt des Gesprächs noch andauernden Konflikt mit der Geflügelschlachterei beziehungsweise dem Subunternehmer hinter sich, der sie wegen einer kurzen Krankheitsphase mitten im Lockdown, nach fünf Jahren am selben Arbeitsplatz, vom einen auf den anderen Tag gefeuert hatte. Dass sie in der erwähnten Passage das Frage-Antwort-Spiel umdrehte, mag also zweitens verdeutlichen, dass trotz der erfahrenen Unterstützung von ALSO und *Faire Mobilität* die begründete Vermutung bleibt, der Unternehmer werde sich in letzter Instanz durchsetzen, wenngleich mit der Einschränkung, dass er eventuell Löhne nachzahlen oder das Ehepaar nicht sofort aus der Unterkunft werfen kann. Die Machtasymmetrie und die damit verbundene tiefe Verletzung und Entwürdigung bleiben also letztlich erhalten.

In der Wahrnehmung der Reformen überwog nicht nur im Gespräch mit Frau Manuela\*, sondern in allen von uns nach dem ersten Lockdown geführten Interviews Skepsis. Denn die persönliche, unmittelbare Erfahrung ist, dass die großen und kleinen Chefs in der Regel mit dem durchkommen, was sie sich gerade in den Kopf gesetzt haben. Jene immer wieder spürbare Erleichterung und Erleichterung, wenn, wie oben zitiert, von einer erfolgreichen Aktion erzählt wird, hat insofern eher damit zu tun, dass es sich um eine großartige Ausnahme handelt, an der man sich festhalten, sich Mut machen kann. Hilfe vom Staat wird demgegenüber zwar gefordert, aber im Grunde auch kaum erwartet. Und schließlich befeuert die prekäre Lebenssituation selbst die Skepsis. So fragte sich Frau Manuela\*, ob „das so bleibt“:



Das hat man gehört, also es wird sozusagen gemunkelt, also es gab jetzt keine offizielle Benachrichtigung oder so, aber es wird sozusagen gesprochen in der Firma oder zwischen den Kollegen, dass ab 1. Januar es [das Subunternehmen] nicht mehr geben wird, und jetzt sind alle ein bisschen, ja, haben Angst. Also, [...] ja, die Rumänen haben sowieso immer Angst, und ja, jetzt weiß man nicht, was passiert? Wird [man] sie [in einen Festvertrag] übernehmen? Müssen sie zurück nach Rumänien? Man wartet, ob das wirklich wahr ist oder ob das wirklich passieren wird oder nicht, ja. [...] Eine Sache oder die einzig gute Sache, die [das Subunternehmen] aber wirklich macht, ist, dass sie pünktlich bezahlen. Manchmal sogar einen Tag vorher. Wenig, aber zumindest pünktlich. Bleibt das so?<sup>99</sup>

Aber welche konkreten Verbesserungen sind wichtig? Neben Lohnerhöhungen erwarten die Befragten, dass bereits früher gesetzwidrige Verstöße in Zukunft ausbleiben. Herr Jakob\* sagte:

Am Wichtigsten wäre mir, dass die Arbeitszeit normal wird. Nicht mehr 12 oder 13 Stunden am Tag. Vielleicht auch der Lohn, wenn die Leute direkt bei [dem Unternehmen] eingestellt werden, dann bekommen sie vielleicht 12, 13 Euro in der Stunde. Und dass die Urlaubszeit bezahlt wird, nicht so wie jetzt, nur halb.<sup>100</sup>

Schädlich für die Vorstellung, dass kollektive Organisation Verbesserungen bringen könnte, sind tagtägliche Niederlagen. Frau Manuela\* etwa schilderte einen Konflikt um die Forderung des Unternehmens, am 1. Mai 2020 trotz Feiertag zur Arbeit zu kommen. Sechzig Leute versammelten sich in der Kantine. Aber in der Frage, ob man sich weigern könne, überwog am Ende die Angst vor der Rache der Vorgesetzten, der „sich die Leute einzeln vornimmt“. <sup>101</sup> Könnten da nicht die angekündigten Kontrollen, die im deutschen Parlament so lautstark verhandelt wurden, helfen? Auch dies wird von den Befragten an vorhandenen Erfahrungen gemessen. Frau Manuela\*:

<sup>99</sup> Ebd.

<sup>100</sup> SOFI-Archiv, Sample Refugees at Work, 2. Juni 2020, Herr Jakob\*, ohne Signatur.

<sup>101</sup> SOFI-Archiv, Sample Refugees at Work, 2. Juni 2020, Frau Manuela\*, ohne Signatur.

[A]lso letzte Woche war der Zoll da, [...] sind dann zu unserem Fließband gekommen und dann ja, wie kann dann der / Dann kommt der Zoll zu einer rumänischen Firma und [die] haben keinen Dolmetscher [dabei]. Ja, und dann hat dann unser Chef Peter\* übersetzt. Aber wie kann das sein, also ich meine, was werden die Leute denn sagen, wenn unser Chef der Dolmetscher ist, also das muss doch irgendwie alles, irgendwie abgekartet sein und das ist doch irgendwie keine richtige Kontrolle dann so.<sup>102</sup>

Herr Jakob wusste von einem noch drastischeren Fall zu berichten:

Bei uns hat sich ein Arbeiter bei einem Unfall alle zwei Beine zerschnitten. Dann kam jemand vom Landkreis, das kontrollieren. Aber war angekündigt, ein Tag vorher. Wenn Kontrolle, niemand schreit, sind alle freundlich. Das Fließband läuft langsam.<sup>103</sup>

Die Forderung nach einer unabhängigen Stelle, bei der man sich anonym beschweren kann, findet sich vor und nach der Pandemie häufig. Auch Betriebsräte werden mit der Erwartung verknüpft, dass sie solch eine Funktion erfüllen könnten. Es wird aber auch als Problem gesehen, dass sie die Beschäftigten formal und auch gemäß ihres Selbstverständnisses häufig nicht vertreten.<sup>104</sup> Die Hoffnungen von Vertreter\*innen der NGG beziehen sich zentral auf diesen Aspekt. So wurden auch die oben erwähnten Aktionstage begründet. Das ist nachvollziehbar, denn es lässt sich leicht errechnen, dass ein Betriebsrat wie bei *Tönnies* in Rheda, der im Dezember 2020 600 oder 650 Beschäftigte vertritt, sich grundlegend verändern wird, wenn sich diese Zahl im Januar 2021 mindestens verfünffacht. Selbstverständlich wird das Unternehmen vieles dafür tun, die Fragmentierung der Beschäftigten aufrechtzuerhalten, so etwa, indem es eine Differenz bei den Löhnen und bei der Befristung

---

<sup>102</sup> Ebd.

<sup>103</sup> SOFI-Archiv, Sample Refugees at Work, 30. Juni 2020, Herr Jakob\*, ohne Signatur.

<sup>104</sup> SOFI-Archiv, Sample Refugees at Work, 2. Juni 2020, Frau Manuela\*, ohne Signatur. Erol / Schulten, Neuordnung (wie Anm. 69), S. 14, stellen fest, dass Betriebsräte in der Branche selten sind. Wo sie existieren (bei VION, Danish Crown, auch Tönnies), seien sie aber oft „firmen-nah“, was die in unseren Interviews gespiegelte Erfahrung bestätigen mag, dass sich die BR nur ausnahmsweise für die Belange der prekär Beschäftigten einsetzen.

/ Entfristung vertieft, oder indem es beispielsweise die Aufstellung unterschiedlicher und unternehmensnaher Listen fördert, oder indem es die ethnischen Differenzen der Beschäftigten in allerlei Art und Weise adressiert. Aber das bedeutet gleichwohl, dass mit der Erweiterung institutioneller Mitbestimmung ein neues Kampffeld eröffnet ist.

\*

Das optimistische Bild von den Möglichkeiten nach der Reform wird aktuell, im Spätherbst 2020, durch Berichte gestärkt, nach denen es zunehmend zu kleinen Streiks kam, in denen Lohnnachzahlungen und Festbeschäftigung gefordert wurden: So bei *Danish Crown* in Essen (Oldenburg) Ende November, wo Arbeiter\*innen neue Leiharbeitsverträge vorgelegt wurden, die mit der Probezeit beginnen sollten, selbst wenn die / der Beschäftigte schon seit Jahren angestellt ist. Der Streik führte dazu, dass diese Verträge zurückgezogen wurden und *Danish Crown* eine Zusage machte, die Streikenden zum 1. Januar 2021 fest einzustellen.<sup>105</sup> Auch in anderen Betrieben kam es zu Streiks für Lohnnachzahlungen, die sehr schnell durch Erfüllung der Forderungen beendet wurden. Es wurde beobachtet, dass viele Unternehmen letztlich faktisch auf Festbeschäftigung setzen, wobei die Löhne allerdings oft nur leicht steigen und sich gegenüber der Vorsituation beim Subunternehmen überwiegend nicht verändern.

Dass Arbeiter\*innen in einigen Betrieben um die konkrete Ausgestaltung der neuen Bedingungen kämpfen, ist wenig erstaunlich: Es ist ein Ausdruck des Arbeitskräftemangels und der Einsicht der Arbeiter\*innen in ihre günstige Verhandlungsposition. Dass *Tönnies* nicht nur ein Anwerbebüro in Bukarest eröffnet, sondern auch eine richtige PR-Kampagne in Rumänien gestartet hat, in der den Arbeitenden phantastische Löhne, Gold und grüne Wälder versprochen werden, verweist darauf,

<sup>105</sup> Heinrich Kaiser, Leiharbeit: Danish Crown lenkt ein, 16. November 2020, [[https://www.om-online.de/om/leiharbeit-danish-crown-lenkt-ein-54846?fbclid=IwAR2V81s3JbFsPl6o-J3JWtAnNV\\_6w20s8Wt80lb2-sQYokHx6UdSmSA\\_u9As](https://www.om-online.de/om/leiharbeit-danish-crown-lenkt-ein-54846?fbclid=IwAR2V81s3JbFsPl6o-J3JWtAnNV_6w20s8Wt80lb2-sQYokHx6UdSmSA_u9As)].

dass diese Einschätzung richtig sein könnte. Aber nicht überall sind solche Kampagnen notwendig. Frau Lapatis, diesbezüglich gefragt, sagte: „Bei uns ist davon gar nichts angekommen, in Litauen war auch nichts von Ausbeutung und Sklaverei in der Fleischindustrie zu hören. Ich kenne jedenfalls keinen einzigen Bericht darüber.“<sup>106</sup> Der Medienrummel hatte sich *innerhalb* der Communities organisiert, was auch damit zusammenhängen mag, dass die in der Coronaphase gestarteten Transporte nicht in Litauen, sondern in Bulgarien und Rumänien die Massen an den Flughäfen zusammenbrachten.

Wie steht es also mit der Hoffnung darauf, dass kontinuierliche, verstetigte Beschäftigung als Organisierungshilfe wirken könnte?<sup>107</sup> Es ist kein Automatismus: In unserem Projekt konnten wir einen Betrieb studieren, der Werkverträge schon vor einigen Jahren abgeschafft hat. Alle nunmehr direkt Beschäftigten bekamen neue Verträge mit einer neu laufenden Probezeit. Seitdem wird mit einer rigiden Befristung gearbeitet, für ein Jahr, wieder für ein paar Monate oder ein Jahr und so weiter. Das war 2018, aber dieser Betrieb ist bis heute gewerkschaftsfrei. Zumindest in einer solchen Konstellation scheint eine Tarifierung der Branche entweder als ressourcenaufwändiges Organizing oder als Prozess „von oben“ denkbar. Das Letztere kann weitgehend ausgeschlossen werden, und es trüge im Übrigen auch kaum zur Erhöhung alltäglicher Handlungsfähigkeit der Kolleg\*innen bei. Es gibt zwar einige wenige Beispiele (*Westfleisch*), aber warum sollten *Tönnies* und Konsorten Organisationshelfer\*innen für die Gewerkschaften werden?

Dennoch ist die Übergangsphase auch eine Chance: Der Beratungsbedarf wird sehr hoch sein, und die Zahl der Kontakte zwischen Ge-

---

<sup>106</sup> SOFI-Archiv, Sample Refugees at Work, 28. Juni 2020, Frau Lapatidis, ohne Signatur.

<sup>107</sup> „Tarifierung“ ist immer mit formaler gewerkschaftlicher Organisierung verbunden. Erol / Schulten, Neuordnung (wie Anm. 69), S. 14, schätzen den gewerkschaftlichen Organisationsgrad in der Branche auf zwischen zehn und dreißig Prozent. In unserem Sample befindet sich fast kein Gewerkschaftsmitglied. Eine Erklärung dafür könnte sein, dass der zwar unterdurchschnittliche, aber nicht völlig katastrophale Organisationsgrad auf einer fragwürdigen Grundgesamtheit beruht. So registrieren die Daten des Statistischen Bundesamts mit einer partiellen Ausklammerung von Werkverträgen und Leiharbeit vermutlich nur etwa ein Drittel bis fünfzig Prozent der Beschäftigten.

werkschaften und Beschäftigten wird deshalb vor allem in der Umgebung großer Betriebe unzweifelhaft stark zunehmen. Dabei spielen NGG-Sekretär\*innen zunächst eine ähnliche Rolle wie die *Faire Mobilität*, *Faire Integration*, die *ALSO*, *Arbeit und Leben* sowie die Beratungen der *Caritas* und der *Diakonie*. Allerdings zeigt bereits die Aufzählung der vielen Einrichtungen, an die man sich im Beratungsfall wenden kann, dass eine gewisse Fragmentierung besteht. An jedem Ort ist eine Einrichtung zuständig, manchmal zwei, oft auch bezogen auf bestimmte Sprachen, mit einer Arbeitsteilung, die Sozialberatung und Arbeitsrecht trennt. In vielen Fällen wurde zudem zumindest bislang ex post und damit bereits juristisch-individualisiert geklagt. Das ist beispielsweise beim Einklagen von Löhnen oft kaum zu vermeiden, aber trägt zugleich wenig zur betrieblichen Organisation bei.

## Zwischenbilanz

Wie wird sich also die betriebliche Arbeitsteilung in der Fleischindustrie nach der Pandemie und nach den Reformen verändern? Und welche gesellschaftliche Arbeitsteilung wird sich in diesen Veränderungen ausdrücken? Es wird sich – abhängig von der aktuell sehr unsicheren ökonomischen Entwicklung der Branche – möglicherweise eine Tendenz verstärken, dass „gesuchte“ Arbeiter\*innen in Tätigkeiten der Schlachtung und Zerlegung (Beherrschung mehrerer Tätigkeiten in der Grob- und Feinzerlegung, Knochen auslösen usw.) ihre günstige Verhandlungsposition bewahren und auch innerhalb von Deutschland höhere Löhne durchsetzen können. Es ist zu erwarten, dass sich diesbezüglich die bereits vorhandene Hierarchie zwischen Männern und Frauen, aber auch zwischen Etablierten und Newcomern, vertieft, die bereits jetzt bei einer Analyse des Arbeitsprozesses auffällt. Hinzu kommt, dass die Hierarchien nicht nur die Arbeitsteilung am Band, sondern die Wertschöpfungskette insgesamt betreffen. So ist die Reinigung der Maschinen und Anlagen durch das Gesetz ausgenommen, ebenso Tätigkeiten, die außerhalb des Betriebs stattfinden, wie beispiels-

weise das Ausstallen und der Transport der Tiere in den Schlachthof – Bereiche, die weiterhin legal durch Subunternehmer erledigt werden. Gerade dies sind freilich Bereiche, die von Arbeitsbedingungen geprägt sind, die den Verhältnissen in Schlachtung und Zerlegung in nichts nachstehen, ja sie sogar, beispielsweise was Dauer und Lage der Arbeitszeiten angeht, mitunter übertreffen. Es ist zu befürchten, dass sich der Druck auf jene Arbeitenden, die außerhalb von als „Schlachtung, Zerlegung, Verarbeitung“ definierten Bereiche tätig sind, verstärkt.

Diesen Tendenzen steht die Herausforderung gegenüber, dass die aktuellen Konflikte in der Fleischindustrie eine *Erweiterung des Terrains* in gleich dreifacher Hinsicht nahelegen: (1) eine Erweiterung der Bezüge zwischen migrantischen Communities und eine Verbindung zwischen antirassistischer Praxis und Arbeitspolitik, (2) eine Erweiterung des Handlungsspektrums auf die Vielfalt multipler Prekarität, sowie (3) die Verbindung des Kampfes um Arbeitsverbesserungen mit jenem um gesellschaftliche Neudefinition der Nahrungsmittelproduktion.

Konkret stellt sich (1) die Frage, wie man von einer an den Sprach-Communities anknüpfenden, fragmentierten, oft auch sporadischen Organisation zu einer allgemeinen, quer zu den Herkunftsstaaten und der Position in der betrieblichen Hierarchie liegenden Solidarität kommt. Diese Frage kann vermutlich besser beantwortet werden, wenn mehr Erfahrungen über die Nachgeschichte der Reform der Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie vorliegen. Aber sicher ist, dass neue Formen der Solidarisierung aktuell einerseits nicht *Voraussetzung*, sondern *Resultat* der kleinen Streiks sind. Angesichts von neuen Unterscheidungen nach Nationalität und Aufenthaltsstatus entsteht dabei andererseits jedoch das Problem, dass solche Streiks immer wieder Ersterfahrungen sind, so dass es alleine auf dieser Grundlage schwierig ist, dem „racial management“ der Firmenleitungen dauerhaft und nachhaltig etwas entgegenzusetzen.

Die zweite Frage ist, was der multiplen Prekarität entgegnet werden kann, die selbst eines der größten Hindernisse kollektiven Handelns ist. Denn der Weg in die Fleischindustrie ist durch die Prekarität von An-

reise, Aufenthalt, Wohnungssituation, Mobilität und sozialen Rechten geprägt; zugleich sind all diese Momente für den Verlauf betrieblicher Konflikte relevant. Eine auf das breite Spektrum dieser Konflikte bezogene Kooperation von Beratungsstellen, sozialen Initiativen und Gewerkschaften wäre hier ein wichtiger Schritt. Modelle für solch eine Kooperation liegen durchaus vor, wenn wir beispielsweise an die Debatte über Workers' Center in den USA oder an jene um die Verbindung von Community- und Gewerkschafts-Organizing denken. Die Bündnisse, die sich um die Konflikte um die Fleischindustrie in der Pandemie gebildet haben, können dazu beitragen, solche Perspektiven weiter zu entwickeln und als Praxis zu etablieren.

Dabei ist der Einsatz kaum zu unterschätzen: Die Abschaffung der Werkverträge ist ja nicht weniger als ein Eingriff in das seit mindestens dreißig Jahren hegemoniale neoliberale Paradigma in der staatlichen Arbeitspolitik. Zumindest potenziell steht damit eine Verbindung zwischen einer Kritik an Eigentumsverhältnissen sowie einem Paradigmenwechsel in der Arbeitspolitik auf der Tagesordnung. Diese Verbindung könnte dazu beitragen, jene Lücke zu schließen, die zwischen der Kritik an der Arbeit und der Kritik an der Produktion in der Praxis sozialer Bewegungen besteht. Oder in Frageform, einerseits: Wie sollen Nahrungsmittel produziert werden, von wem, zu welchen Preisen, mit welchen Folgen für die Naturverhältnisse? Aber auch: Was folgt auf die Abschaffung von Werkverträgen und Leiharbeit in der Fleischindustrie? Was ist mit den Bedingungen in Subunternehmen bei Paketdiensten, in der Gastronomie, bei Discountern? Ist mit der Reform der Fleischindustrie nur ein Skandal bearbeitet, oder ist damit auch ein größerer Anfang gemacht?

Dies ist eine Veröffentlichung der **Sozial.Geschichte Online**  
lizenziert nach [Creative Commons – CC BY-NC-ND 3.0]

*Sozial.Geschichte Online* ist **kostenfrei und offen** im Internet zugänglich. Wir widmen uns Themen wie dem Nationalsozialismus, dessen Fortwirken und Aufarbeitung, Arbeit und Arbeitskämpfen im globalen Maßstab sowie Protesten und sozialen Bewegungen im 20. und 21. Jahrhundert. Wichtig ist uns die Verbindung wissenschaftlicher Untersuchungen mit aktuellen politischen Kämpfen und sozialen Bewegungen.

Während die Redaktionsarbeit, Lektorate und die Beiträge der AutorInnen unbezahlt sind, müssen wir für einige technische und administrative Aufgaben pro Jahr einen knapp fünfstelligen Betrag aufbringen.

Wir rufen deshalb alle LeserInnen auf, uns durch eine **Spende** oder eine **(Förder-)Mitgliedschaft** im *Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.* zu unterstützen, der diese Zeitschrift herausgibt und gemeinnützig ist.

Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerabzugsfähig, deswegen bitten wir, uns eine E-Mail- und eine Post-Adresse zu schicken, damit wir eine Spendenquittung schicken können.

Die Vereinsmitgliedschaft kostet für NormalverdienerInnen 80 € und für GeringverdienerInnen 10 € jährlich; Fördermitglieder legen ihren Beitrag selbst fest.

Mitgliedsanträge und andere Anliegen bitte an

**sgo-verein [at] sozialgeschichte-online.de** oder den

**Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.**  
**Cuvrystraße 20a**  
**(Briefkasten 30)**  
**D-10997 Berlin**

Überweisungen von Spenden und Mitgliedsbeiträgen bitte an

**Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.**  
**IBAN: DE09 1002 0500 0001 4225 00, BIC: BFSWDE33BER,**  
**Bank für Sozialwirtschaft**



# DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online

UNIVERSITÄT  
DUISBURG  
ESSEN

*Offen im Denken*

ub

universitäts  
bibliothek

Erschienen in: Sozial.Geschichte Online 29 (2021), S. 41-88

Dieser Text wird via DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

**DOI:** 10.17185/duepublico/74351

**URN:** urn:nbn:de:hbz:464-20210504-135903-2



Dieses Werk kann unter einer Creative Commons Namensnennung -Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 3.0 Lizenz (CC BY-NC-ND 3.0) genutzt werden.